

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

225 (27.9.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzählern 5 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 21. Fernsprecher: 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Churchill für nüchterne Geschäftspolitik

Der englische Minister Churchill hat vorgestern eine Rede gehalten, die beweist, daß man in England zur nüchternen Geschäftspolitik zurückkehren will und das Unheil immer mehr erkennt, das aus der Gewalt- und Wahnsinnspolitik der Entente entstanden ist und täglich neu entstehen muß. Ueber die Rede Churchills liegt folgender Bericht vor:

London, 26. Sept. In seiner großen Rede in Dundee befahte sich Churchill nach Erörterung der irischen Frage mit dem Niedergang des Welthandels, mit dem Nationalismus und mit der Washingtoner Konferenz. Churchill sagte, dem ausführlichen Bericht der „Times“ zufolge, der Niedergang im Welthandel beruht auf der Lage der englischen Arbeiterklasse. Das Währungsproblem zwischen dem einen und dem anderen Lande sei zum größten Teil gelöst, Kredit und Unternehmungen seien beiderseitig. Ungeheure Schulden von hunderten und tausenden Millionen Pfund Sterling und sogar noch tiefere Entschädigungen würden von einem Lande gegenüber anderen geltend gemacht. Diese Schulden und Entschädigungen übersteigen die Mittel und Methoden der Bezahlung bei weitem. Die Länder, an die die Bezahlung zu erfolgen habe, könnten nur in beschränktem Maße ausländische Waren, die infolge der Kriegsschulden gedumpte Waren darstellen, aufnehmen und in Ware nur eine bestimmte Entschädigung erhalten, weil sonst ihr eigenes industrielles System in Mitleidenschaft gezogen, ihrer Arbeiterbevölkerung das Brot vom Munde genommen werden würde. Churchill sagte, die großen Nationen der Welt bieten im Augenblick ein merkwürdiges Schauspiel. Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hoffen riesige Geldsummen vom anderen oder von Deutschland heraus zu bekommen. Schuldeneintreiben ist eine Hauptindustrie geworden und nimmt in dem Kopf zahlreicher Politiker, in den Parlamenten und sogar bei den Wählern den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschädigungen zwischen Nationen und Nationen bezahlt werden würden, dann würde jedes Gläubigerland gedumpte Waren erhalten, und zwar in Mengen, und zu Preisen, die für den gewöhnlichen Betrieb ihrer Industrien verhängnisvoll sein würden. Nicht ein einziges der siegreichen Länder, die Anspruch auf riesige Warenentlohnung als Bezahlung der ihnen geschuldeten Beiträge haben, würden diese Waren, wenn sie kommen sollten, annehmen. Auf der anderen Seite schaffen sie, und mit Recht, Tarife und alle Arten von Sondergesetzen, um zu verhindern, daß ihre eigenen Industrien durch solche riesigen unwirtschaftlichen Einfuhr völlig erschüttert werden. Infolge der aus diesem allen entstandenen Währungsnotlage ist die Kaufkraft der Schuldernationen vollkommen erloschen. Die Gläubigerationen haben infolge der Währungsnotlage größte Schwierigkeiten, nach den Schuldernationen auszuführen, da diese ihnen bereits mehr schulden, als sie bezahlen können. Die Schuldernationen sind gezwungen, jährlich nach den Gläubigerationen riesige Mengen auszuführen, was ihre Leistungsfähigkeit weit übersteigt. Die Gläubigerationen wollen diese Waren jedoch nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird der gesamte internationale Handel ungeheuer eingeschränkt und jedem Land wird dadurch Schaden zugefügt. Die ersten Ergebnisse sind gerade das Gegenteil von dem, was die meisten erhoffen. Ein Beispiel dafür ist der größte Schuldnerstaat: Deutschland, und der größte Gläubigerstaat: Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv, Deutschland wird durch seine Ausfuhr in die Lage versetzt, fast jeden Markt, den es bezieht, zu erobern. In den Vereinigten Staaten ist die Lage ganz anders. Sie verfügen über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. Die amerikanische Flotte ist ein vollkommener Pfeilschlag. In Amerika sind dreimal soviel Erwerbslose wie in England und ein Steigen der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angängig. Diese Gegenstände erregen die unbedingte Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Welt fließen können. Zweifellos könne man sich selbst von der Kritik nicht ausnehmen. Immerhin sei England von allen siegreichen Ländern in seiner Finanzpolitik seit dem Kriege sicher das einsichtigste Land gewesen. England habe versucht, soweit angängig, Deutschland eine Möglichkeit zu bieten, seine eigene Wirtschaft wieder aufzubauen, mit der die Wohlfahrt Frankreichs und Englands so eng verknüpft sei. England habe sich erboten, zu vergessen und alle Schulden zu streichen, die

ihm europäische Nationen schuldeten, vorausgesetzt, daß England von der geringen Schuld befreit werde, die es für seine Alliierten bei den Vereinigten Staaten aufgenommen habe. Das Heilmittel liege jedoch nicht in der Hand eines einzigen Landes, und in dieser Richtung seien andere Länder vorhanden, die mächtiger sind. Es gibt andere Länder, fuhr Churchill fort, die in dieser Frage in einer günstigeren Lage sind als wir. Es würde zum Vorteil der Welt sein, wenn alle internationalen Verpflichtungen, die aus diesem Kriege entstanden sind, von neuem auf praktische Dimensionen herabgesetzt und eine Kategorie für sie gestellt wird. Ob diese möglich ist oder nicht, unmittelbar notwendig ist ein internationales Mittel, das von Kriegsverpflichtungen unbeeinträchtigt sein würde und zeitweilig und während der Periode der Befundung den Verkauf von Waren zwischen den Nationen auf einer natürlichen und normalen Grundlage sichern würde. So wichtig auch die Konferenz ist, die demnächst in Washington über die Frage der Arrangierung stattfinden soll, eine Konferenz über die Schaffung normaler Währungen würde wertvoller sein und noch dringlicher. Man darf vielleicht hoffen, daß sich die eine aus der anderen entwickeln wird.

Hierauf wandte sich Churchill der sozialistischen, kommunistischen und bolschewistischen Agitation zu. Er erörterte die furchtbare Lage, die die Bolschewisten über Rußland gebracht hätten. Er sagte, Trotski und Lenin haben einfach von dem gezehrt, was von dem Regiment des Jaren übrig geblieben war. Sie haben von dem Gold gelebt, das sie aus den russischen Staatsbanken oder von Rumänien genommen haben. Sie haben von den Juwelen gelebt, die sie den Frauen gestohlen haben, die sie ermordeten. Sie haben die Getreidevorräte aufgezehrt, die die Bauern angesammelt hatten, um sich vor einer Hungersnot wie der augenblicklichen zu schützen. Die Sozialisten in England hätten alles getan, was in ihrer Macht liegt, um die Wirksamkeit der Arbeiterschaft herabzusetzen. Sie hätten alles getan, um Streit und Streikaktionen in der Industrie zu verursachen, Lenin und Trotski hätten vier Jahre lang um Rußland in seine augenblickliche Lage zu bringen. England würde etwa vier Monate brauchen, um die Lebensmittel zu beschaffen, über die es verfügt, und nach dieser Zeit würde der größte Teil der Bevölkerung Englands eine neue Welt aufsuchen müssen, um dort zu leben.

Churchill führte weiter aus, England sei genötigt, seine Flotte aufrechtzuerhalten. Es könne auf ein Mindestmaß militärischer Streitkräfte nicht verzichten, das notwendig sei, um die Ordnung in den britischen Dominions aufrechtzuerhalten. Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit begegnen wollte, so müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den feindlichen Nationen bestehen. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, von denen jede notwendig sei für das Wieder-aufleben und die Sicherheit der Welt. So sei notwendig das Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlfahrt Europas wieder aufzubauen. Weiter sei notwendig das Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um Beherrschungen zur See zu verhindern und den Frieden im Stillen Ozean zu sichern. Churchill sagte, Großbritannien habe eine äußerst wichtige Rolle bei dem Zustandekommen dieser Kombinationen zu spielen. England müsse jedoch mit unbedingter Gerechtigkeit und Willigkeit gegen alle handeln. Das Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland könne niemals zustande kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft habe. Im Gegenteil: nur dadurch, daß England Frankreich fähig mache, daß es immer noch sein Freund sei, und als Freund in der Not die Bedingungen für das Vertrauen in Europa schaffe, wird es in die Lage versetzt werden, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung zu mildern und tatkräftig die gemeinsamen Anliegen dieser drei Mächte zu fördern, von denen keine einzige ausgelassen werden dürfe, wenn Europa seinen früheren Reichtum und seinen früheren Ruhm wieder gewinnen wolle. In gleicher Weise könne England seine friedliche Zukunft im Stillen Ozean sichern oder seinen Nützlichkeiten zur See Einhalt gebieten, wenn es seine wohlverdiente Freundschaft mit Japan zur Seite werfe. Es müsse ein größeres Einvernehmen zwischen den drei Mächten des Stillen Ozeans zustande gebracht werden, auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte schließlich, er habe große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Die Konferenz bedeute ein wirkliches Eintreten der Vereinigten Staaten in die Verantwortlichkeit und die Schwierigkeiten der Weltpolitik.

Die aufgedeckte Mörder-Organisation

Die politischen Ergebnisse der Freitagssitzung des Badischen Landtags

Von H. Weismann

Es ist zuzugeden: die badischen Deutschnationalen haben Recht, entschieden Recht, wenn sie mit politischen Anträgen vor den Landtag treten. Nicht etwa, daß sie von vornherein ins Unrecht geriet wären, weil sie den Koalitionsparteien nicht angehören und in der badischen Regierung nicht vertreten sind. Ihr politisches Mißgeschick liegt fast durchgängig in ihrem beweislosen Material, das sie vorbringen und in der völligen Unbegründetheit ihrer Angriffe, welche sie gegen die derzeitige Regierung schleudern. Jedesmal, aber auch jedesmal kann ihnen mit so reichlichen Gegenargumenten aufgewartet, die Sünden der früheren Machthaber, ihre Verfehlungen gegen Volk und Vaterland mit solcher Wucht und Beweiskraft entgegengesetzt werden, daß regelmäßig ihr politisches Risiko da ist, aus den Anklagen des neuen Systems stets die überwiesenen Angeklagten des alten Systems werden.

So war es auch am vergangenen Donnerstag und Freitag. Die Deutschnationalen brachten nicht weniger als drei förmliche Anträge auf einmal ein: sie betrafen das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“, mit der die badische Regierung gar nichts zu tun hat, die verbotenen Regimeutskesse, die der politisch erragten Zeit zum Opfer fielen, und die Weidener Demonstrationen, die nach behördlicher und sozialdemokratischer Auffassung im Landtag so ganz anders ausah und im großen ganzen zu einer Parlamentsinterpellation keinen Anlaß zu geben brauchten.

Bereits am Donnerstagabend war das Schicksal der Interpellationen nach den Reden der Fraktionsvertreter, der Abg. Dr. Schöfer, Marum und Schön, entschieden. Da kam der Schlußeffekt, und zwar mit wichtigen Tatsachen und Enthüllungen, an welche die sieben Mann starke Fraktion der Deutschnationalen sicher nicht gedacht hatte: die Befanngabe der aufgedeckten Geheimorganisation durch den Staatspräsidenten. Das verblüffte, das schlug ein. In den in München abgeurteilten Mörder-Zentralen der Nachweis über bestehende Geheimorganisation mit hochverräterischen Zielen grabierendster Art. Das war ein Schlag und zwar der vernichtendste, der die Deutschnationalen in der abgelaufenen Landtagsperiode getroffen hat. Ganz kleinlaut sahen sie da und verlegen bemerkte der deutschnationale Führer Geh. Kirchenrat Maier, diese Geheimorganisation sei die des Münchener Schutz- und Trubundes, aber mit der hätten die Deutschnationalen nichts zu tun! Aber ist nicht Geist vom Geist der politischen Bestrebungen der Deutschnationalen, abgesehen von den Geheimhaltungsverpflichtungen und der Vernehmung der Verräter, denen wir auf ihren Kongressen und Zusammenkünften, sowie in ihrer Presse begegnen? Wie sagte doch auf dem deutschnationalen Parteitag in München der frühere Staatsminister Dr. Sergi: „Die Weimarer Verfassung ist für uns nur eine Episode zu unserem Ziele, der Wiedereinführung der Monarchie.“ Und dem Kabinett Wirth und der jetzigen Reichsregierung kündigt er allerhöchste Opposition an, die vor Regierungskrise, Ministersturz und Neuwahlen nicht zurückzureden dürfe. Liegt unter solchen Umständen für die Deutschnationalen berechnete Veranlassung vor, von den Leitern und den Anhängern der Geheimorganisation weit abzurücken? Doch sicherlich nicht.

Man muß die Geheimorganisation nach ihrem vollen Paragrafenwortlaut kennen. Trotz des Raummangetels des „Volksfreund“, vermehrt durch den Görtlicher Parteitagbericht, müssen die Organisationsvorschriften bis zum letzten Wort abgedruckt werden. Die Geheimorganisation erklärt:

„Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage.“

- A. Geistlich:
 - a) weitest mögliche Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens,
 - b) Bekämpfung alles anti- und internationalen, des Judentums, der sozialdemokratischen und der linksradikalen Parteien,
 - c) Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung mit Wort und Schrift. Ausföhrung weiter Kreise über diese Verfassung,
 - d) Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage.
- B. Materiell:
 - a) Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zweck:
 - 1. Die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern.
 - 2. Bei großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einschieben einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen.
 - 3. Die durch den Versailler Vertrag angeordnete Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrmacht und die Bewaffnung — so weit wie möglich — zu erhalten.
 - § 1. Die Organisation ist eine Geheimorganisation.

Sozialdemokratie und Völkerbund

Basel, 26. Sept. Der kürzlich in Luzern abgeschlossene Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hatte Beschlüsse gefaßt, über die Vertrauensstellung beim Völkerbund und seinen Institutionen. Die Partei erklärte eine Vertrauensstellung mit ihren Interessen als unvereinbar. Der Zentralvorstand der Partei hat nun entsprechend diesem Entschluß die Entscheidung zu fällen gehabt, daß Basel, der die Stellung beim Internationalen Arbeitsamt in Genf angetreten hat, auf sein Mandat als Nationalrat zu verzichten habe. Die französisch-schweizerischen Vertreter setzten es aber im Vorstand durch, daß die Erledigung der Angelegenheit dieser hinausgeschoben werde. Infolgedessen haben Nationalrat Grimm, Redakteur Vogel von der Berner Tagwacht, Dr. Marbach und Frau Wolfmann ihre Demission als Mitglieder der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingereicht.

Die Finanznot der Städte

St. Gallen, 26. Sept. Das Ministerium des Innern hat die Stadtverordnetenversammlung von St. Gallen wegen Nichtbewilligung des Etats, wodurch die Zahlungsfähigkeit der Stadt herabgeführt worden wäre, aufgelöst.

Auslieferung der Rheinflotte

Berlin, 26. Sept. (Privattelegr.) Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ aus Essen meldet, umfaßt die jetzt veröffentlichte Liste der an Frankreich aufgrund des Friedensvertrages abzuliefernden Rheinschiffe 133 Kähne und 60 Schleppboote. Die Hälfte der abzuliefernden Schiffe fährt bereits zur Rechnung der fünf neuerrichteten französischen Reedereigesellschaften.

Blutige Zusammenstöße in Irland

London, 27. Sept. Neue blutige Zusammenstöße haben in der letzten und in der vorletzten Nacht stattgefunden. Mehrere Geschäfte sind in Brand gesetzt und zerstört worden. Es wurden sofort Truppenverpflichtungen nach Belfast entsandt. Die Zahl der Opfer bewegt sich im Augenblick bis zu 20 Toten und 30 Verwundeten.

§ 2. Alle Mitglieder verpflichten sich, die im Vorstand an-
gegebenen Punkte und Ziele nach besten Kräften, an welcher
Stelle sie auch seien, zu erfüllen und zu erreichen zu suchen.

§ 3. Sie verpflichten sich, untereinander ein Schutz und
Zusammenhang zu stiften, wodurch jeder Angehörige der Or-
ganisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder
sicher sein kann.

§ 4. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu
sein, um geschlossen als starke Einheit dazustehen, wenn die
Not, die Ehre unseres deutschen Volkes und die Erreichung
unserer Ziele es erfordert.

§ 5. Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehor-
sam gegenüber der Leitung der Organisation und deren
Organe.

§ 6. Mitglied der Organisation kann jeder national-
denkende Deutsche werden, der sich verpflichtet, sich den Satzungen
der Organisation zu unterwerfen. Beim Eintritt sind mindes-
tens drei Bürgen zu stellen. Die Aufnahme erfolgt durch die
Gauleiter. Ueberritt abgeschlossener Verbände in die Organi-
sation regelt die Leitung.

§ 7. Juden, überhaupt jeder Fremdrassige, ist von der
Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen.

§ 8. Bei Bewerbungen darf eine allgemeine Orientierung
stattfinden. Ueber Aufbau, Leitung, Organisation usw. wird
der Bewerberschlichte erst nach erfolgter Verpflichtung orientiert.

§ 9. Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) durch den Tod,
b) durch Ausweisung infolge unehrenhafter Handlungen,
c) bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte,
d) durch freiwilligen Austritt.

§ 10. Jedes Mitglied verpflichtet sich, über alle Nachrichten,
die ihm von der Leitung direkt oder durch andere Mitglieder
zugehen, gegenüber jedem nicht der Organisation Angehörigen
das strengste Stillschweigen zu bewahren und in irgend welchem
Schriftverkehr, der mit der Organisation in Zusammenhang
steht, die größte Vorsicht walten zu lassen.

§ 11. Verräter verfallen der Feme. Dies
gilt auch für die nach § 9 b) bis d) ausgeschiedenen Mitglieder.

§ 12. Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung
bin. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich
den Satzungen — zu unterwerfen
und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe dem Obersten Leiter
der Organisation und meinen Vorgesetzten unbedingten Ge-
horsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organi-
sation das strengste Stillschweigen zu bewahren, auch nach
etwaigem Austritt.“

§ 13. Auf Befehl des Leiters finden Versammlungen der
Gauleiter statt. Die Gauleiter sind verpflichtet, die ihrem Gau
angehörenden Mitglieder auf dem Laufenden zu halten.

§ 14. Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihren Gauleitern
etwaige Anschriftsänderungen sofort mitzuteilen.“

Man schaudert fast ob der furchtbaren Konsequenz, die
in diesen Statuten zum Ausdruck kommt! Ich habe wohl
nicht übertrieben, wenn ich am Freitag im Landtag er-
klärte, so lange es politische Parteien in Deutschland gibt,
sei noch niemals eine politische Geheimorganisation mit
solchen Zielen gegründet worden. Der Sozialdemokratie
wird der Kampf angefaßt, die Weimarer Verfassung wird
gerissen, die Regierung wird verjagt und durch eine natio-
nale ersetzt, die Entwaffnung ist unmöglich zu machen, ohne
Rücksicht auf die schweren Konflikte mit der Entente, die
Organisation ist Geheimorganisation. Juden sind aus-
geschlossen. Unbedingter Gehorsam wird verlangt und
Verräter verfallen der Feme. Man fragt sich: Kann es
einen größeren Hochverrat, als den durch diese Statuten
geplanten, einen wohlüberlegteren Staatsstreich geben?
Weshalb die Bedeutung der Bekanntgabe der Geheim-
organisations, deswegen aber auch das neueste Aufheben
der jetzt deutschnationalen „Münd. Neueit. Nachrichten“,
der badische Staatspräsident habe seine Befugnisse über-
schritten und den Ergebnissen der Untersuchung vorge-
griffen. Befugnisse hin, Befugnisse her! Jedenfalls ist
die Aufhebung einer solchen Geheimorganisation ein
staatsbürgerliches Verbrechen, das der Öffentlichkeit beweis-
kräftig zeigt, in wie großer Gefahr die junge deutsche
Republik steht. Und mit ihr sind natürlich auch die
Republiken der Länder eng verbunden. Deren politisches
Schicksal hängt von der deutschen Republik ab. Für die
Sozialdemokratie ergibt sich daraus die immer zu wieder-
holende Lehre:

Die Republik, auch die badische, ist noch
immer in Gefahr!

Unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, der die Statuten
der aufgedeckten Geheimorganisation ebenfalls ab-
druckt, weist noch auf ihre Strafbarkeit und die schwe-
ren Verstöße einzelner Paragrafen gegen das Strafgeset-
zbuch hin. Bis zu 6 Monaten und bis zu einem Jahre
Gefängnis könnten die Leiter und sogar auch die Ange-
hörigen der Geheimorganisation bestraft werden. Nun, die
Schulz und Tilleien, die mutmaßlichen Mörder Erbergers,
gehören einer Abteilung des aufgedeckten Geheimbundes
an, ebenso die in unfern Rande in Unterhachinghaft sitze-
nden Klinger und Müller, die der Begünstigung beschuldigt
werden. Wir erwarten und verlangen, daß ernierte wei-
tere Mitglieder dieser Geheimorganisation mit der voll-
sten Strenge des Gesetzes bestraft werden. Die Republik
ist es sich schuldig, ihre Notengraber unschuldig zu machen.

Wir stehen in Baden vor den Landtagswahlen.
Am 30. Oktober haben die Wähler und Wählerinnen über
Sein oder Nichtsein auch der badischen Republik zu ent-
scheiden. Die Schiffe am Antriebs und die aufgedeckte
Geheimorganisation sollen rechtzeitige Warnung sein auch
für diejenigen Wähler, welche den vollen Ernst der uns
umdräuenden politischen Gefahr noch immer nicht zu er-
kennen vermögen und ihren Anteil zu der leider noch im-
mer beträchtlichen Anzahl der Wähler und Wahlhelfer
stellen. Am 30. Oktober muß die Quittung für die Ent-
scheidung in der Landtagswahl vom 23. September
gegeben werden.

Fortschrittende Klärung

Die Görtlicher Koalitionsdebatte hatte zuerst in weite Kreise
der Arbeiterchaft und des politischen Lebens überhaupt eine un-
verleugbare Verwirrung hineingetragen. Wohl gemerkt: Die
Koalitionsdebatte und nicht die Vorstandsvorlesung, die in Klar-
heit und Zielklarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Dieser
Verwirrung wurde durch einzelne Nebenredner sowohl des
Referenten Krüger, wie auch vieler Diskussionsredner, nicht zu-
letzt der Wortführer der „Opposition“ verursacht und durch die
überreichen Kommentare interessierter bürgerlicher Mütter
nach Kräften gefördert. Die Dinge wurden hingestellt, als hätte
die Sozialdemokratische Partei keinen dringenden Wunsch, als
ein Regierungsabwärtler mit der Deutschen Volkspartei zu schlie-
ßen. Auch die unabhängige Presse, die zuerst eine anerkenntnis-
werte Zurückhaltung an den Tag legte, beginnt ebenfalls die
Verwirrung parteipolitisch auszunützen und deutet die Görtlicher
Resolution einseitig nach dieser Richtung hin.

Jedenfalls ist die Klärung eingetreten. Zuerst war es das
Referat des Genossen Hoch über die Tätigkeit der Reichstags-
fraktion, welches bewies, daß die Sozialdemokratische Partei in
keiner Weise eine Schwächung nach rechts vorgenommen hatte,
sondern, daß sie sich nach wie vor über die Schwierigkeiten der
politischen und wirtschaftlichen Situationen keinerlei Illusionen
bildet und daß sie seit entschlossen ist, die Interessen des arbei-
tenden Volkes in der bisherigen Weise nachdrücklich zu ver-
treten. Sodann kam das Exposé des Genossen Keil über Fi-
nanz und Steuerfragen, aus dem klar hervorging, daß die Par-
tei fester denn je an der Verwirklichung des Besten und an der
Erfassung der Goldwerte zur Erfüllung der Reparationslasten
hält.

Und nun hat auch der Referent des Parteivorstandes, Fr.
Krüger, selbst das Wort im „Vorwärts“ ergriffen, um festzu-
stellen, daß von einem Umfall der Sozialdemokratie nach rechts
gar keine Rede sein kann, daß der Görtlicher Beschluß keineswegs
besonders auf die Deutsche Volkspartei abgestimmt ist, und daß,
wenn diese nicht rückhaltlos die Görtlicher Forderungen annimmt,
es auch in Zukunft für uns keine Koalition mit ihr geben wird.
Wenn nun Krüger die Görtlicher Resolution dahin auslegt, daß
sie uns lediglich Bewegungsfreiheit nach beiden Seiten verschaf-
fen sollte, so sind wir mit dieser Besart einverstanden und ho-
ffen, daß man auch links von uns die Konsequenzen daraus
ziehen wird. Gewiß ist die Art, in der Krüger in seinem Re-
ferat von der unabhängigen Sozialdemokratie gesprochen hat,
nicht dazu geeignet gewesen, die Vorstandsresolution als eine
Aufforderung auch an die Unabhängigen erscheinen zu lassen,
endlich Farbe zu bekennen. Aber Krüger hat ganz recht, wenn
er in seinem Vorwärts-Artikel darauf hinweist, daß für die
USP die Leipziger Beschlüsse wenigstens auf dem Papier nach
wie vor gelten, d. h., daß die USP noch immer keine klare Ab-

sage an die bolschewistische Theorie der Diktatur des Prole-
tariats erteilt hat. Und deshalb müssen wir uns ganz ent-
schieden gegen die Versuche der Unabhängigen wenden, aus der Gört-
licher Resolution parteipolitische Kapital zu schlagen. Wenn es
überhaupt dazu gekommen ist, daß der Görtlicher Parteitag der
Sozialdemokratie sich mit der höchst unerfreulichen Frage einer
etwaigen Koalition mit der Deutschen Volkspartei befaßt
mußte, so ist dies nicht zuletzt die Schuld der Politik der un-
abhängigen Sozialdemokratie. Karl Kautsky setzt in einem durch-
aus verständlich geschriebenen Aufsatz in der Freitag-Morgen-
ausgabe der „Freiheit“ auseinander, daß die Unabhängigen auf
dem besten Wege waren, sich von der Notwendigkeit der Ko-
alitionspolitik mit bürgerlichen Parteien zu überzeugen. Diese
Entwicklung sei aber durch die Görtlicher Debatte empfindlich
gestört worden. Ja, wäre nur das Tempo dieses geistigen Ge-
fundungsprozesses in den Reihen der USP nicht so furchtbar
schonendhaft gewesen, dann wäre es wahrscheinlich niemals zu
dieser Görtlicher Debatte gekommen. Die Unabhängigen hätten
die Pflicht gehabt, wenn nicht schon früher, so doch wenigstens
nach der Ultimatumkrise ihre papierenen Theorien von der Not-
wendigkeit des unverfälschten revolutionären Klassenkampfes und
von der Anzulänglichlichkeit der Koalitionspolitik zum alten Pfunder
zu werfen. Dann hätten wir schon seit diesem Frühjahr im
Reiche und wahrscheinlich auch in Preußen die gegenwärtig
idealistische reubolitische Regierungskonstellation von Wirth bis
Lebebour. Aber in der Ultimatumkrise und auch später konnte
sich die USP zu dieser Erkenntnis nicht aufraffen, wenigstens
nicht öffentlich. Und so ist es gekommen, daß uns die beiden
bürgerlichen Parteien der alten Koalition, da wir ihnen nicht
die positive, vorbehaltlose Mitarbeit der USP anbieten konn-
ten, auf der Einzugschleife der Volkspartei bestanden.

Ob es zu dieser Erweiterung der Koalition nach rechts über-
haupt kommen wird, ist auch nach der Görtlicher Resolution noch
sehr zweifelhaft. Die Art, wie die Volkspartei auf den Gört-
licher Beschluß reagiert hat, läßt eher darauf schließen, daß eine
solche Erweiterung nach rechts nicht erfolgen wird. Allein die
Tatsache, daß Dr. Stresemann in scharfer Weise die Handlun-
gen des Reichstanzlers Dr. Wirth kritisiert hat, zwingt uns
mehr denn je, an dem Grundsatze festzuhalten, daß nur eine
reife Zustimmung zu den Görtlicher Mindestforderungen eine
Erweiterung der Koalition nach rechts zur Folge haben kann.
Solche Abwesenheiten genügen nicht. Die Arbeiterchaft hat
das Recht, Herrn Stresemann und seinen Freunden gegenüber
mühsamlich zu sein. Dr. Wirth dagegen hat sich ihr volles Ver-
trauen, namentlich durch seine mannhafte Haltung in den letzten
Wochen erworben. Eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei
im Zeichen der Befreiung des gegenwärtigen Reichstanzlers
kommt für uns nicht in Betracht.

Das neue Programm der Sozialdemokratischen Partei ist
der beste Beweis dafür, daß wir die Alten geliebt sind. Das
mögen die Parteien, rechts und links von uns, bedenken und die
Konsequenzen daraus ziehen.

Durch Ehrlichkeit zum Sieg!

Der Parteitag von Görtlich wird in der Geschichte der deut-
schen Sozialdemokratie als derjenige bezeichnet bleiben, auf
dem von alten Ertrübe Programm Abschied genommen und
das Massenbewußte deutsche Proletariat mit Leib und Seele versehen
wurde, die den durch Krieg, Niederlage und Revolution gänzlich
veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Das Görtlicher
Programm ist in verhältnismäßig kurzer Zeit zustande gekom-
men. Der erste Entwurf hatte so heftige und allseitige Kritiken
hervorgezogen, daß man schon allenfalls den Gedanken er-
wog, auf diesem Parteitag noch ein neues Programm zu schaf-
fen, sondern diese Aufgabe dem nächsten Parteitag zu übertra-
gen. Der fertige Entwurf hatte allerdings schon manchen
Kritiken Rechnung getragen, so daß die ursprüngliche Absicht
vieler Parteigenossen, diesen Punkt von der Tagesordnung ab-
zugeben, fallen gelassen wurde. Das vom Parteivorstand vor-
geschlagene Verfahren, während der Tagung die Programm-
kommission arbeiten zu lassen und das Ergebnis ihrer Beratun-
gen am Schluß des Kongresses zu diskutieren, hat sich als sehr
glücklich erwiesen.

Die deutsche Sozialdemokratie kann auf ihr neues Pro-
gramm stolz sein. Nicht allein, weil seine allgemeine Einlei-
tung sich durch eine besonders formvollendete, frische und pal-
tende Sprache auszeichnet, die dem geistreichen, politischen und
materiellen Streben des deutschen Proletariats den glanzend-
sten Ausdruck verleiht, sondern auch weil sein konkreter Teil

Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert
von Joseph Victor von Scheffel
(Fortsetzung.)

Pragedis näherte sich der Zelle der Wiborad und neigte sich
stumm vor der bürren Bediensteten: sie konnte nicht aus der Hölle
sondern vom hohen Thron herüber, setzte sie auseinander. Ein
wenig fahrig konnte das Griesenkind auch sein, wenn wieder
Ihre Kenntnis von der Klausur im Säwargatal sich erst
heute herabschrieb, fügte sie doch bei, sie hätte von dem außerord-
entlichen Wandel der Schwester Wiborad schon so viel vernommen,
daß sie die erste Gelegenheit genutzte, bei ihr anzusprechen.

Da schien es, als wollten sich einige Ranzeln aus Wiborads
Stirn glätten. Reich mir die Hand, Fremdel sprach sie und
redete ihren Arm zum Fensterlein hinaus. Die Kutte streifte
sie ein wenig zurück, da war er in seiner ganzen fleischlosen
Magerkeit dem Sonnenstein ausgekehrt.

Pragedis reichte ihr die Rechte. Wie der junge, lebens-
warme Fußschlag der weichen Hand an der Klausnerin dürre
Finger ansetzte, war sie langsam von der Griesin Menschlich-
keit überzeugt.

Romeias merkte die Wendung zum Besseren, er wälzte
etliche Felsstücke unter das Fenster der Zelle. In zwei Stunden
hol' ich Euch wieder ab; behüt' Gott, Ihr Jungfräulein; sprach
er. Und erschreckt nicht, wenn sie in Vergebung kommt, stü-
rzte er der Griesin zu.

Siermit pfiff Romeias seinen Hund und schritt ins Bal-
desbüschel. Er legte auch etwa dreißig Schritte ohne Hindernis
zurück, aber dann drehte er sein struppig Haupt und wandte den
ganzen Menschen um; auf den Spieß gestemmt, schaute er un-
berührt nach dem Platz vor der Klausur, als hätte er etwas ver-
loren. Hatte aber nichts zurückgelassen.

Pragedis lächelte und warf dem größten aller Wächter eine
Kuhhand zu. Da machte Romeias kehrt, wollte seinen Spieß
schultern, ließ ihn fallen, hob ihn auf, stolperte, erholte sich wie-
der und verschwand in gutem Trab jenseits der moosbewach-
senen Stämme.

O Kind der Welt, das in Finsternis wandelt, schalt die
Klausnerin herab, was soll die Bewegung mit deiner Hand?
Ein Scherz... sprach Pragedis unbefangen.

Eine Sündel rief Wiborad mit rauher Stimme. Pragedis
erschrad.

O Teufelswerk und Verblendung! fuhr jene predigend fort.
Da laßt Ihr Eure Augen listig herumstreifen, bis sie dem
Ranne als wie ein Bliz ins Herz fahren, und werft ihm eine
Kuhhand zu, als wenn das nichts wäre. Ist das nicht, wenn
einer rückwärts schaut, der vorwärts schauen sollte? Wer die
Hand an den Pfahl zu legen hat und sieht zurück, der ist nicht
geschickt zum Reide Gottes! Ein Scherz? O reichet mir Hup,
Euch zu entzündigen, und Schnee, Euch rein zu waschen!

Daran hab' ich nicht gedacht, sprach Pragedis erwidert.
Ihr denkt noch an vieles nicht, sprach Wiborad. Sie schaute
Pragedis mit einem mißverstandenen Blick von oben bis unten an.
Ihr denkt auch nicht, daß Ihr heut ein grünelich Gewand tragt,
und daß solch herausfordernde Farbe weltabgewandten Augen
ein Greuel ist, und daß Ihr den Gürtel so lose und nachlässig
darum geschlungen habet, als wäret Ihr eine landsfahrende
Tänzerin. Wacher und betet!

Die Klausnerin verstand eine Weile, dann kehrte sie zu-
rück und reichte einen großgedrehten Strid heraus. Da bawerk
mich, arme Nachtaube, sprach sie. Reiz ab die seidegeflüchte Um-
windung und empfaß' hier den Gürtel der Entfaltung aus Wi-
borads Händen; der soll dir eine Mahnung sein, daß du un-
nützem Schwatzen und Tun den Witschied gebest. Kommt her
wieder eine Verführung eilten Herzens über dich, Wächterin
Auffhänge gzuwerfen, so wende dein Haupt gen Sonnenan-
gang und singe den Psalm: Herr, zu meinem Weiland eile her-
bei! — und will auch dann der Friede nicht bei dir einkehren,
so brenn ein Wachlicht an und halt den Zeigefinger über die
Flamme, so wirst du sicher sein zur Stunde. Das Feuer heilt
das Feuer.

Pragedis schlug die Augen nieder.
Eure Worte sind bitter, sprach sie.

Witter! tief die Klausnerin, gelöst sei der Herr, daß auf
meinen Rippen kein jüher Geismad wohnt! Der Mund der
Heiligen muß bitter sein. Da Rahomius in der Wüste so-
hrat der Engel des Herrn zu ihm und brach die Blätter des
Kardendornes und schrieb die Worte des Gebets drauf und
gab sie dem Rahomius und sprach: Verschling die Blätter; sie
werden schmecken in deinem Mund wie Galle, aber dein Herz
wird erfüllt werden vom Ueberfließwahrer Weisheit. Und
Rahomius nahm die Blätter und aß sie, und von Stund an

stieß sein Mund bitter, sein Herz aber füllte sich mit Süße und
er pries den Herrn.

Pragedis schweig. Es blieb eine Zeitlang still. Die an-
dern Frauen der Herzogin waren nicht mehr zu sehen. Wie
die Klausnerin ihren Gürtel herabschickte, hatten sie einander
mit dem Ellenbogen angestoßen und waren leise um das Häuslein
geschlichen. Sie pfändeten einen großen Strauß Heidekraut und
Herbstblumen im Walde und Härdern dazu.

Wollen wir auch einen solchen Gürtel umlegen? sprach
die eine.

Wenn die Sonne schwarz aufgest, sprach die andere.
Pragedis hatte den Strid ins Gras gelegt. Ich will Euch
Eures Gürtels nicht berauben, sprach sie jetzt schäme zum
Fenster der Zelle hinauf.

O harmloses Gemüth, sprach Wiborad, der Gürtel, den wir
tragen, ist kein Kinderpiel wie der, den ich dir reichte, der
Gürtel Wiborads ist ein eigener Reiz mit stumpfen Stacheln
und Irrt wie eine Kette und schneidet ein; — deine Augen
erschauern meines Anblicks.

Pragedis schaut nach dem Wald, als wolle sie spähen, ob
Romeias nicht bald zurückkehre. Die Klausnerin machte bemer-
ken, daß es ihrem Gait nicht allzu behaglich war, sie reichte ein
Brett aus ihrem Fensterlein, drauf war ein halb Duzend rot-
grüner Äpfel gelegt.

Wird dir die Zeit lang, Tochter der Welt? sprach sie. Greif
zu, wenn die Worte des Heils dich nicht lästigen. Nachwerk und
Süßigkeiten hab' ich nicht, aber auch diese Äpfel gefallen dem
Herrn wohl, sie sind die Speise der Armen.

Die Griesin wachte, was der Anstand erheißt. Aber es
waren Holzäpfel. Wie sie den ersten zur Hälfte verzehrt, ver-
zog sich ihr anmutiger Mund, und unwillkürliche Tränen perlten
in den Augen.

Wie schmecken sie? rief die Klausnerin. Da tat Pragedis
als ob des Apfels Reiz zufällig ihrer Hand entfiel. Wenn der
Schöpfer allen solche Verbigelheit anerkennen, so hätte Eva nim-
mermehr vom Apfel gegessen, sprach sie mit jauerlichem Lächeln.
Wiborad war beleidigt! Gut! erwiderte sie, daß du der
Eva Angehörigen nicht erlösen lästest. Die hat den selben Ge-
schmack gehabt wie du, drum ist auch die Sünde in die Welt
gekommen.

Die Griesin blidte nach dem Himmel. Aber nicht aus
Nüchtern. Ein Falke freiste einmal über Wiborads Zelle. O
lönnt' ich mit dir über den Wodensee fliegen, dachte sie. Dann
wiegte sie schalhaft ihr Haupt. (Fortsetzung folgt.)

jenen Vortag aufweist, den wir in unserem politischen Leben...

Die Echtheit der Sozialdemokratischen Partei ist das Geheimnis ihrer unermüdbaren Kraft. Mögen auch in gewissen unruhigen Zeiten, wenn ein hartgeprüftes Volk etwas aus dem geistigen Gleichgewicht herauskommt, wie dies in den zwei ersten Revolutionsjahren der Fall gewesen ist, die radikalen Schreier vorübergehende Erfolge erzielen, letzten Endes gehört die Zukunft doch denen, die selbst in solchen Zeiten den Mut aufbringen, den Massen die unangenehmsten Wahrheiten zu sagen. Die Sozialdemokratie allein unter allen Parteien des arbeitenden Volkes hat bereits unmittelbar nach der Revolution diesen Mut gehabt. Es ist ihr dies zuerst nicht gut bekommen. Die noch vielfach ungeheilten Wunden erzielten von der Novemberrevolution das Paradies auf Erden. Gewissenlose Demagogen versuchten ihnen einzureden, daß der Sozialismus leicht eingeführt werden könnte, wenn Deutschland in die von der Sowjetregierung vorgeschriebenen Bahnen treten würde. Daß dies nicht geschehe, ergäßen sie, sei lediglich auf den „Verfall“ der rechtlich-sozialistischen Kräfte zurückzuführen, die in Wirklichkeit nur „Agenten der kapitalistischen Bourgeoisie“ seien. Und während die Führer unserer Partei den Massen auseinanderzusetzen, daß Deutschland jetzt in erster Linie im Zeichen der Niederlage stehe und daß allein schon die Übermacht der Sieger uns verhindern würde, das Erfurter Programm in die Tat umzusetzen, selbst wenn wir über die Mehrheit im Parlament verfügten, feierte die radikale Propaganda in den Parlamenten, die leider nur allzu oft ihr blühendes Nachspiel auf der Straße fanden. Schwere Rückschläge hat die Sozialdemokratische Partei infolge ihres Kampfes um die bittere Wahrheit erlitten, und der empfindlichste Wound her für das ganze deutsche Volk unheilvolle 6. Juni 1920.

Indessen sollte sich bald wieder der lateinische Spruch befestigen: „Veritas vincit“ — „Die Wahrheit siegt“. Die Verneinung brach sich unauflöslich wieder Bahn in einem großen Teil der deutschen Massen. Der Bankrott der Sowjetwirtschaft trat immer deutlicher zutage, die ewigen radikalen Phrasen versingen nicht mehr, man wurde wieder der Wahrheit zugänglich. Und so konnte es auch die Sozialdemokratische Partei wegen, das alte Erfurter Programm umzusetzen, das den tatsächlichen Verhältnissen in doppelter Hinsicht nicht mehr entsprach: einmal durch die vielen Punkte, die mit der Revolution und dem Weimarer Verfassungswort ihre rechtliche Erfüllung gefunden hatten, ferner aber auch durch die ebenfalls zahlreichen Forderungen, die infolge der Niederlage, des wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands und ganz Europas unerfüllbar geworden waren. Jedenfalls unerfüllbar auf unabsehbare Zeit, in der das deutsche Volk nicht frei über sich wird verfügen können, sondern in allen seinen gesetzgeberischen Handlungen durch die Fesseln von Versailles behindert sein wird.

Es ist das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß sie auch mit jener kleinen Unerschrockenheit Schluß gemacht hat, die darin bestand, daß man weiter ein Programm beibehielt, von dem man wußte, daß es in mancher Hinsicht für die kommenden Generationen unerfüllbar bleiben müßte. Wenn alle Parteien der Arbeiterklasse in allen politischen Fragen die gleiche Echtheit an den Tag legen würden, dann würde die Bahn für die Einigung des Proletariats wieder gänzlich frei sein. Wir haben die Überzeugung und das Vertrauen, daß die breiten Massen, die immer mehr ihre durch Krieg, Niederlage und Revolutionswirren gestörte Gleichgewichte wieder finden, diesen neuen Beweis von mutiger Echtheit begreifen und schätzen werden.

Echtheit bleibe die Grundlage unseres Denkens und unseres Handelns in allen politischen Situationen. Namentlich, wenn es sich darum handelt, die Weimarer Revolution über die Koalitionsfrage in der Praxis anzuwenden. Nur indem wir an den Mindestforderungen unbedrückt durch irgendwelche Lockungen und Verheißungen interessiert bleiben, werden die Massen in immer größerer Zahl zu den alten großen Sozialdemokratischen Partei zurückkehren, gewonnen nicht zuletzt durch die jugendliche Frische und die mannhafte Aufrichtigkeit ihres neuen Programms. Durch Echtheit zum Sieg!

Badische Politik

Demokratisierung der Verwaltung

Die „Karlsruher Zeitung“ bringt zu dieser Frage in ihrer Nr. 220 vom 21. d. Mts. einen Aufsatz, dessen Schlussfolgerungen sich im wesentlichen vollkommen decken mit dem Antrag, den auf dem Sozialdemokr. Parteitag in Würzburg der Genosse H. L. Länger eingebracht hat. Nachdem das offizielle Regierungsorgan der Beamtenschaft des Landes klar gemacht hat, daß sie den Anspruch auf ihren Posten verwirklicht hätten, wenn sie sich gegen die Staatsautorität im inneren Dienst auflehnen oder durch abfällige Falschaussagen und passive Resistenz die Wünsche und Anordnungen der Regierung sabotieren, fährt es also fort:

„Die geforderte Demokratisierung der Verwaltung wird praktisch darin bestehen müssen, daß man nach und nach solche Beamte, die sich in den Dienst des neuen Staates nicht nur nicht einfügen wollen, sondern ihn geradezu sabotieren und verächtlich machen, ausmerzt und sie durch geeignete Kräfte ersetzt. Das brauchen durchaus nicht Parteifunktionäre und Parteiattributen zu sein! Es gibt sicherlich im Bereich der Parteien des neuen Staates genügend befähigte Männer und Frauen, auf die man sehr gut zurückgreifen könnte. Es ist aber gar nicht nötig, daß diese Männer und Frauen in der Parteiattribution an erster Stelle stehen haben. Die Hauptsache ist und bleibt, daß sie im demokratischen Sinne zuverlässig sind und genügend Bildung mitbringen, um den Erfordernissen des freigeordneten Beamtenpostens zu genügen.“

Offenbar haben die Parteien des neuen Staates es bisher verstanden, sich ganz genau darüber zu vergewissern, wieviel solcher Kräfte in ihren Reihen vorhanden sind. Wahrscheinlich würde eine systematische Nachfrage eine ganze Reihe von Persönlichkeiten ergeben, die nicht nur durchaus gewillt sind, als Beamte am Aufbau des neuen Staates mitzuarbeiten, sondern auch über die jeweils dazu erforderlichen Fähigkeiten verfügen.

Wenn bis heute nicht ein jeder, dem eine freigeordnete Beamtenstelle angeboten wurde, darauf einging, so lag das manchmal auch daran, daß der Betreffende befürchtete, unter die Fuchtel eines Berliner Geheimrats zu kommen, der reaktionär bis auf die Knochen ist und, von den Bedenkengängern des alten Systems erfüllt, nur mit solchen Beamten zu arbeiten wünscht, die seinen eigenen Anschauungen entsprechen. Soll die Demokratisierung ihren Zweck erfüllen, dann müßte sie entsprechend auch möglichst weit oben beginnen.

Die Parteien des neuen Staates sollten sich jedenfalls die Frage überlegen, inwieweit sie praktisch imstande sind, einer etwaigen Nachfrage nach geeigneten Kräften für freigeordnete Beamtenposten zu genügen. Daß die Reaktion schon allein die Tatsache, daß wir diese ganze Angelegenheit mit Offenheit behandeln, mit schärfster Opposition beantwortet wird, ist vorauszusetzen. Denn noch sind es eben vielfach ihre Leute und ihre Vertrauenspersonen, die sich in Stellungen befinden, in die sie nicht hineingehören. Die Opposition ist also durchaus zu verstehen. Aber der Kampf wird dennoch durchzuführen werden müssen, wenn der Staat die Absicht hat, sich jene Autorität zu sichern, die allein imstande ist, die Erfüllung der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit zu gewährleisten.“

Das Programm der Sozialdemokratie

Den allgemeinen, einleitenden Teil des neuen Parteiprogramms haben wir gestern veröffentlicht. Wir lassen heute die speziellen Forderungen folgen, die sich aus dem allgemeinen Teil ergeben und ihm anschließen.

Für den Kampf der Arbeiterklasse gelten die folgenden Forderungen:

Wirtschaftspolitik

Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Expropriation oder das gänzliche Unbenutzen landwirtschaftlicher Bodenschichten oder deren Verschwendung zu privaten Luxuszwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Beteiligung der Bureauführung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteplans zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Sozialpolitik

Einheitliches Arbeitsrecht. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirksamer Arbeiterschutz. Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verabschiedung dieses Arbeitstages in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Ausschließliche Einschränkung der Nachtarbeit für Männer. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen. Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Förderung der Heimarbeit und ihrer Ausbeutung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeit möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksvorsorge. Auf diesen Grundlagen Förderung des internationalen Arbeitertums.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb. Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Finanzen

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des wachsenden Kapitals, Erbrecht des Reichs bei engerem Verwandtschaftsgrad, Pflichtteil des Reichs, abgestuft nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwendenden Lebensverbrauchs. Beteiligung der öffentlichen Gewalt an Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Verfassung und Verwaltung

Sicherung der demokratischen Republik. Festsitzung der Reichseinheit. Ausbau des Reichs zum organisch gegliederten Einheitsstaat. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungsorganen gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Überordnung der demokratischen Volksvertretung über die verfassungsständigen Organismen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und der Religion.

Wasser- und Straßenbaudirektion. Gemäß Verordnung des Staatsministeriums wird die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues fortan den Namen Wasser- und Straßenbaudirektion führen. Ihr untergeordnet sind folgende Behörden: Wasser- und Straßenbauamt, Kulturbauamt, Rheinbauamt und Vermessungsamt. Bisher sprach man von „Inspektion“ und „Bezirksgeometer“.

Zur Landtagswahl wird am 14. Oktober 1921 die Kreiswahlberechtigung erklärt werden, daß ihre Bestimmungen einem Landeswahlvorstand zugewiesen sind. Diese Erklärung muß spätestens am 20. Oktober 1921 bei dem Kreiswahlleiter eingereicht sein, sonst werden die Bestimmungen des Wahlgesetzes beim Urteilungsverfahren für das Land aus. Die Verbindung hat die Wirkung, daß überschüssige Bestimmungen aus sämtlichen Wahlkreisen, auf die im einzelnen Wahlkreis ein Abgeordneter nicht mehr entfallen würde, zusammengezählt und gemeinsam berücksichtigt werden, indem auf je 10 000 Stimmen bzw. dem Verbleiben eines Restes von mehr als 7500 Stimmen, der Landeswahlvorstand ein Abgeordnetensitz zugewiesen wird. Der Landeswahlleiter für die am 30. Oktober 1921 stattfindende Landtagswahl fordert in amtlicher Bekanntmachung auf, Landeswahlvorschläge bis spätestens 14. Oktober einzureichen.

Aus der Partei

Gründung eines Arbeiterartells in Langenfeldbach. Rechts Samstag sprach Gen. Glunz-Etlingen in einer außerordentlichen Versammlung über den Zweck und die Ziele des Zusammenschlusses sämtlicher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter. Ausgehend von der gegenwärtigen politischen Lage vertrat er es treffend, gerade den zum größten Teil jüngeren amnestierten Arbeitern ans Herz zu legen, daß es außer dem Fußballsport aus gemeinschaftliche und politische Pflichten gäbe. Eine Freude war es, zu sehen, mit welcher Aufmerksamkeit die Zuhörer lauschten. Nach einer Diskussion, an der sich die Gen. Schwan, Fischer und Nied beteiligten, streifte Gen. Glunz noch die Tätigkeit führender Personen im Landbund, die durch ihr unvernünftiges Verhalten es gerade der Arbeiterschaft erschweren, Lebensmittel zu einem angemessenen Preis zu bekommen. Die sich anschließende Konstituierung des Artells vollzog sich rasch und ist Gen. Friedlitz zum Vorsitzenden gewählt worden. Es gilt nun für die Langenfeldbacher Arbeiterklasse, das Geschaffene zu verewigen. Als Vorposten im Kampf ist sie nun berufen, wilden Preiserebieren Einhalt zu gebieten, dafür zu sorgen, daß auch die Arbeiterpresse ihre genügende Ausbreitung findet.

Gemeindepolitik

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einheitlichen Gemeindeverwaltungsorgans. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit, Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzmäßiger Verwaltungsakte der Gemeinde, Befreiung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Reichsgesetzliche Freigabe der kommunalen Sozialfürsorge.

Rechtspflege

Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollständige Gesetzessprache. Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksschichten, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

Kultur- und Schulpolitik

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft. Religion ist Privatangelegenheit, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteifache, nicht Staatsfache: Trennung von Staat und Kirche. Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitschule. An- und Entgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragender begabter Laien, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Glied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichten- und des Weltfriedens.

Jugendhilfe, beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit, als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen. Bildungshäfen für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

Völkerbeziehungen und Internationale

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbündnisse anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Verabschiedung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundgesetzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten. Revision des Friedensvertrags von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

Soziale Rundschau

Kriegsbeschädigte und Teuerung

Der Bezirksverein Karlsruhe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen schreibt:

Am 12. September haben unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns neue Verhandlungen stattgefunden, zu denen die 7 im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen-Organisationen hinzugezogen waren. Die Vorlage, die das Reichsarbeitsministerium in bezug auf Gewährung von Teuerungszulagen machte, blieben weit hinter den von allen Verbänden in der ersten am 29. August stattgefundenen Sitzung gestellten Forderungen (Erhöhung der Teuerungszulage auf 80 bis 100 Proz.) zurück. Nach vorausgegangener Beratung im Reichskabinett und nach Prüfungnahme mit den Regierungsparteien schlug das Reichsarbeitsministerium vor, zu den jetzt zahlbaren Gehältern Teuerungszulagen zu gewähren von monatlich 20 M für eine Witwe, 12 M für eine Witwe, 12 M für einen Elternteil und 20 bis 50 M für Schwerbeschädigte, dazu für jedes Kind Schwerbeschädigter 10 M. Kriegsbeschädigte unter 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit sollten eine Zulage nicht erhalten.

In der Aussprache bezeichnen die Vertreter aller Organisationen dieses Angebot als viel zu gering. Zum Zweck der Herbeiführung einer gemeinsamen Stellungnahme der Organisationen wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme derselben, an der dann der Arbeitsminister Dr. Brauns nicht mehr teilnehmen konnte, gaben alle Organisationen folgende gemeinsame Erklärung ab:

- 1. Die angebotenen laufenden Teuerungszulagen werden als unzulänglich und weil nicht auf alle Rentenempfänger ausgedehnt, abgelehnt.
- 2. Der zur Verfügung gestellte Betrag von 580 Millionen Mark soll als einmalige Beihilfe an sämtliche Rentenempfänger unverzüglich durch die Post zur Auszahlung gelangen.
- 3. Wegen der Durchführung ihrer gemeinsamen Forderungen vom 24. 8. 1921 werden die Organisationen mit dem Reichstag und der Reichsregierung in Verhandlungen treten.

Jugend und Sport

Schwimmfest in Stuttgart. Der Arbeiterschwimmverein Groß-Stuttgart e. V. veranstaltete am Sonntag ein Schwimmfest, zu dem die Brudervereine aus Heidelberg, Heilbronn, Ehlingen, Ludwigsburg, Karlsruhe, München, Nürnberg und Reutlingen zahlreiche Meldungen abgegeben hatten. Der Wasserportverein Karlsruhe belegte in der Städtelegatensstaffel 4x4 m

Gewerkschaftliches

Zur Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe.

11. Berlin, 26. Sept. (D. Allg. Ztg.) Nachdem bereits am Samstag die Einigungsverhandlungen zu einer grundsätzlichen Einigung geführt hatten, wurden am Sonntag die Verhandlungen fortgesetzt, die nunmehr ein Ergebnis zeitigten. Danach erhalten vom 1. Oktober Buchdrucker auf die zuletzt bezahlten Löhne einen Zuschlag von 1,30 bis 1,50 M pro Seite. Vom 15. Nov. ab erhält jeder Geselle eine Zulage von 25 M pro Woche. Die Hilfsarbeiter werden entsprechend den Zulagen bezahlt, die in den Abmachungen des Reichstags vorgesehen sind. Das Abkommen gilt mit Wirkung vom 31. September ds. J. und kann erst am 1. Dezember gekündigt werden. Diese Abmachung gilt für das ganze Reich. (Diese Mitteilung wird durch die Rel.-Union verbreitet und wir geben sie mit allem Vorbehalt wieder. D. Red.)

Der erste Afa-Gewerkschaftskongress

wird am 2. und 3. Oktober in Düsseldorf stattfinden. Als Tagesordnung ist u. a. vorgesehen: Die Reorganisation des Afa-Bundes, Referent: Bruno Süß, Berlin; Die Fortbildung des Arbeitsrechts, Referent: Prof. Dr. G. Singheim, Frankfurt/Main; Die Neuordnung der Sozialversicherung, Referent: Hellmuth Lehmann, Dresden.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund, der aus der früheren Arbeitersinnenschaft für das einseitige Angestelltenrecht hervorgegangen ist und heute die Spitzenorganisation aller freigeberwerblichen Angestelltenverbände (Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister, Bühnengestellte, Postbeamte usw.) darstellt, umfaßt 12 Organisationen mit rund 750 000 Mitgliedern.

Kleine badische Chronik

*** Brühl bei Schwanheim, 26. Sept.** Am Sonntag früh hat sich die Ehefrau des Gastwirts Fehr, Mutter mehrerer Kinder, infolge Schwermut erschossen.

*** Neulandheim (Amt Schwanheim), 26. Sept.** Das 1 1/2 Jahre alte Kind des Bahnwarts Thomas Krauch ritz einen Topf heißen Wassers vom Herd und übergoss sich. Das arme Kind ist seinen erlittenen schweren Brandwunden erlegen.

*** Sasbach i. N., 25. Sept. (Schweres Leid.)** Bei der Explosionskatastrophe in Oppau hat auch ein hiesiger Bürger, sein Leben eingebüßt, und zwar der verheiratete Sohn Heinrich der Witwe des Briefträgers Schäble. — Einem verhängnisvollen Geschehnis kann anscheinend die Familie des Drechslers Karl Eisenmann nicht entgehen. Auf einer Ferienwanderung ist er beim Baden im Tütsche ertrunken, ohne daß seine Leiche bisher gefunden werden konnte. Sein Bruder Albert wurde in Aufbruch von einer verirrten Kugel getroffen, obwohl weit und breit kein Schuß fiel. Der Vater stürzte in fünf Meter Höhe in den Stadtbach und ertrank, der Großvater wurde bei einem Sturz von einem Baumstamm aus dem zweiten Stockwerk und brach das Genick.

*** Emmendingen, 26. Sept.** In der Erziehung des Italieners Maglia in Wasser wird weiter berichtet, daß als Täter der verheiratete Landwirt Sauer in Wasser verhaftet worden ist. Der erschossene Italiener soll Kessel aus dem Grundstück des Sauer gestohlen haben.

*** Stühlingen, 25. Sept. (Leigensfund.)** Beim Ablassen des Fabrikkanals fanden Arbeiter des hiesigen Zementwerkes eine unbekannte männliche Leiche, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß. Es soll sich um einen gewissen Ferdinand Wolff in aus Schleitheim an der Schweizer Grenze handeln, der am 6. September die Grenze passiert hatte.

*** Freiburg i. Br., 24. Sept. (Schwerer Unglücksfall.)** Auf dem Güterbahnhof verunglückte während der Arbeit der Lokführer Johann W. Jordan. Er geriet mit beiden Beinen unter einen Wagen und wurde überfahren. Nach Überführung in die Klinik mußte das rechte Bein abgenommen werden. Jordan ist 34 Jahre alt und verheiratet.

*** Murbau (Bezirk Baden), 26. Sept. (Ueberfall.)** Auf der Straße von Laudenberg nach Rangenz wurde in der Nachtzeit ein Radfahrer von einem Unbekannten überfallen. Der Radfahrer setzte sich zur Wehr und brachte dem Räuber derartige Schläge bei, daß er wie tot am Blase liegen blieb. Als herbeigeholte Gendarmen den Strauchritter holen wollten, war er verschwunden.

Marktbericht. Auf dem Wochenmarkt in Laub lösteten Eier 2-2,20 M, das Pfund Kartoffeln 75 S, Karotten 1,20-2 M, Bund, Weizen 90 S bis 1 M, Pfund, Haselnuß 80 S bis 1 M, Zwiebel 90 S bis 1 M, Tomaten 80 S bis 1,40 M, Pfund, Kefir 1-1,50 M, Bienen 1-1,80 M, Rübchen 1,20-2 M, Zwetschen 1,50-2 M, Trauben 2,50-3 M, Haselnuß 60 S bis 1 M pro Pfund. — Auf dem Schweinemarkt vom 24. September lösteten Ferkel pro Paar 140-280 M, ausgefahren waren 207 Stück. Es wurden sämtliche Tiere verkauft.

Briefbeförderung nach Brasilien und den La Plata-Staaten. Am 30. September fährt der Dampfer „Tiripit“ von Hamburg nach Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo und Buenos Aires. Der Postschiff ist in Hamburg am 29. September 12 Uhr mittags für Einschiffung, um 10 Uhr abends für andere Sendungen, in Köln-Deutz am gleichen Tage um 8 Uhr vormittags für alle Sendungen.

Deutscher Arbeiter-Theater-Bund. Man schreibt uns: Als neue Mitglieder in dem 10 Gau - Baden - Pfalz - haben sich angegeschlossen: Theater-Klub „Frei-Heil“ Oberkirch, „Freie Volkshäuser“ Hamburg a. E. und „Dramat. Abteilung“ des Arb.-Gesangvereins Gengenbach i. A. Wir heißen die Vereine herzlich willkommen in unseren Reihen, mögen noch viele Arb.-Theaterpieler diesem Beispiel folgen, um auch in Baden zusammen mit dem Arb.-Turn- und Sports, sowie Sängerbund eine starke Einheitsfront gegen unsere zahlreichen Gegner zu haben.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 27. September.

Geschichtskalender

27. September. — Der ungarische Dichter Alexander Szoludny in Eimeg. — 1825 Eröffnung der ersten Eisenbahn (Stodion-Darlington, England). — 1890 Die letzte Nummer des „Sozialdemokrat“ erscheint in London.

Karlsruher Parteinaechrichten

Hauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins
Mittwoch, 28. Sept., abends 8 Uhr, findet im „Caféanten“, Kaiserstraße 42, eine Hauptversammlung mit Bericht vom Parteitag in Ghrlich statt. Die außerordentliche Bedeutung die der Parteitag für die Partei hat und die ebenso bedeutsamen Beschlüsse, die gefaßt wurden, dürften genügen, um die Parteimitglieder zu zahlreichem Besuch zu veranlassen.

Sozialdem. Verein Karlsruhe. Die Bezirkskassierer (auch der Vorort) werden ersucht, Ende dieser Woche mit dem 2. Quartal 1921/22 abrechnen zu wollen.
Germann Lang, Kassier.

Geschworenenliste für das 4. Quartal

(am 10. Oktober beginnend.)

Landwirt Andreas Kappeler (Sohn) aus Grünwettersbach, Fabrikant Richard Pauli aus Forzheim, Glaser und Schreinermeister Franz Ludwig Gerber aus Langenbrunn, Malermeister und Landwirt Gustav Kolb aus Langenbrunn, Zimmermeister Hermann Kappeler aus Forzheim, Zimmermeister Rudolf Luft aus Forzheim, Glasermeister Walter Beck aus Forzheim, Fräulein Gustav Krebs von hier, Privatmann Alois Goppert aus Forzheim, Buchhändler Armin Gräff von hier, Goldarbeiter Anton Franz aus Forzheim, Bankprokurist Franz Ell aus Baden-Baden, Privatmann Karl Weber aus Forzheim, Professor Wilhelm Baumann aus Forzheim, Goldarbeiter Hermann Kunzmann aus Forzheim, Kassiermeister Karl Schmitt aus Niederbühl, Altbürgermeister und Landwirt August Franke aus Forzheim, Fabrikant Emil Bürgen aus Forzheim, Oberrevisor Emil Bierling von hier, Parteisekretär Oscar Link von hier, Bibliothekar Dr. Oskar Seneca von hier, Fabrikant und Gemeinderat Ludwig Illmer von Aue, Fabrikant Otto Weber aus Gernsbach, Maurermeister und Gemeinderat Ferdinand Drengle aus Philippsburg, Fabrikant Ludwig Henninger aus Gernsbach, Gutspächter David Horch aus Durlach, Schieferdeckermeister Wilh. Vertze von hier, Kohlenhändler Viktor Hoffmann aus Forzheim, Kaufmann-vereinsgeschäftsführer Konrad Wunder aus Baden-Baden, Landwirt und Stadtpater Karl Lorenz aus Singheim, Wagnermeister Stefan Schneider aus Forzheim.

Aus der Badischen Kunsthalle. Die Ausstellung „Deutsche Plastik des Mittelalters“ hat einen größeren Umfang angenommen als ursprünglich erwartet werden konnte. Sie würde am Sonntag, den 25. September, eröffnet. Sie umfaßt drei Abteilungen: Plastik des Kreuzzugs (im Erdgeschoss); Werke der Bildhauerkunst am Oberrhein (im 1. Obergeschoss des Neubaus); Spätgotische Meister (im 2. Obergeschoss). — Im Thoma-Museum konnte dank des Entgegenkommens eines Privatbesizers eine prächtige Landstube (Golf von Speyer) aus dem Jahre 1880 teilweise eingekauft werden. In der altdeutschen Abteilung wurde eine „Kreuzzug“ aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, sowie eine Madonnafigur aus dem 15. Jahrhundert ausgestellt. — In diesem Zusammenhang sei mitgeteilt, daß noch im Laufe der Herbstmonate die neuangeordneten Säle (18. und 19. Jahrhundert, Schwab, Peterbach, Schirmer und Nagatener) eröffnet werden. Der Tag wird noch bekannt gegeben.

Kadamenwertes Beispiel. Der „Bad. Beobachter“ meldet: Auf Befehl des Betriebsrates der Firma H. Wolff u. Sohn hier wurden im Einverständnis mit dem Fabrikanten diese Woche sämtliche dortselbst beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen (ungefähr 1700 Personen) freiwillig je 3 Heberstunden zugunsten der durch das furchtbare Unglück in Oppau-Ludwigsbafen bedingende Hilfe bedürftigen Hinterbliebenen und Verwundeten. Diese edle Tat ehrt Firma, Angestellte und Arbeiter in gleich hohem Maße. Möge dieses schöne Beispiel wertvoller Nächstenliebe in weitestem Maße Nachahmung finden!

Die Mieter- und Untermietervereinigung beruft auf heute abend in den Saal 3 der Brauerei Schreyer eine Mieterversammlung ein, worauf wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Kinderheimkehr. Am Donnerstag, 29. d. M., trifft vom Heuberg ein großer Kindertransport nachmittags 5,30 Uhr am Hauptbahnhof hier ein.

Zum Raubmord an Dr. Witz. Die Staatsanwaltschaft hat die Belohnung für die Ermittlung und Ergreifung der Täter von 5000 auf 10.000 M erhöht.

Kampionzug des Arbeiter-Adolf-Heeren-Vereins. Aus Anlaß der Karlsruher Herbstfeier veranstaltete der Arbeiter-Adolf-Heeren-Verein „Solidarität“ heute Dienstag, den 27. ds. Mts., und nächsten Freitag, den 30. ds. Mts., jeweils 1/8 Uhr abends einen Kampionzug mit Musik durch die Straßen der Stadt. Der Zug wird sich vom Vereinslokal, Lugartenstraße 60, nach dem Werderplatz, durch die Kapellen- und Kaiserstraße zum Marktplatz, von da aus über die Kaiserstraße zum Ludwigsplatz und von dort aus durch die Kaiserallee zum Güterbahnhof bewegen, wobei sich der Zug auflöst.

Landesbibliothek. Das im Druck erscheinende Jahrbuch der Landesbibliothek für das Jahr 1920 nebst den früher erschienenen Jahrbüchern liegt zur allgemeinen Einsicht in Zimmer 33 des Regiments auf.

Al. Apollotheater. Nach langen Tagen hat im Apollotheater, dem Stadttheater, die leichtsinnige Muse wieder ihren Einzug gehalten. Gegenwärtig gastiert dort das Original-Oberbayerische Bauerntheater. Werke unserer besten oberbayerischen Dialektdichter kommen zur einwandfreien Darstellung, wie der „Herzogshofmeister von Ammergau“ von Gunglhofer, „Die Wibel von Hellenberg“ von Willibart, „Amenrausch und Gdewitz“ von G. Schmid usw. Es ist eine Gemütsberuhigung, sich an diesen herzhafte, urwüchsigen Dialektstücken erfreuen zu können, die von den hiesigen, zum Teil zum Teil abenden abenden. Man muß es den Ensemble lassen, es gibt sich alle Mühe, den Kontakt mit dem Publikum herzustellen. Lebhaftige Anerkennung finden auch die musikalischen Darbietungen des klugvollen Fifer-Orchesters und die Solisterei. Ein Besuch läßt sich nur empfehlen.

p. Messerkeherei. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag verfehle ein hier wohnhafter verheirateter Schneider nach vorausgegangenem Wortwechsel einem Wirt im Hofe seiner Wirtshaus in der Kronenstraße einen Dolchstoß in den Unterleib. Der Verletzte wurde mittels Krankenautos in das Krankenhaus verbracht, der Täter ist verhaftet.

p. Brand. Infolge Unachtsamkeit eines Gastwirts entstand in einem Hause der Grenzstraße am Samstag nacht Feuer, wodurch das Gebäude beschädigt wurde. Beim Eintreffen der herbeigerufenen Feuerwehr war der Brand durch die Hausbewohner schon gelöscht.

p. Unfall. In verlassener Nacht stürzte ein in der Oststadt wohnender Schneider von einer 2 1/2 Meter hohen Mauer, die er überklettern wollte, um in seine Wohnung zu gelangen, ab und erlitt einen Knochenbruch. Er wurde nach dem Städt. Krankenhaus verbracht.

Stadtparkkonzert. Das Stadtparkkonzert am Dienstag nachmittags wird vom Musikverein „Harmonie“ mit einem guten ausgewählten Programm ausgeführt.

Landestheater. Die am Mittwoch, 28. September, unter der Spielleitung des Intendanten stattfindende Uraufführung des Dramas „Kette“ von Hermann Burle geht in folgender Besetzung der Hauptrollen vor sich: Der König Felix Baumbach, die Königin — Marie Frauendorfer, Kronprinz — Stefan Dahlen, Prinzessin Wilhelmine — Maria Müller, Kette — Robert Büchner. Neben diesen wirken noch in wichtigen Rollen mit: Paul Gemmede, Hugo Höder, Ulrich von der Trend-Ulrici und Robert Fitz. — Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Volksfestliches Stadtparkkonzert. Am Mittwoch, 28. September, spielt im Stadtpark abends von 8-11 Uhr anlässlich der Karlsruher Herbstwoche die Feuerwehrlinien. Für das Konzert, das zu herabgesetzten Eintrittspreisen zugänglich ist,

Kar der Dirigent der Kapelle ein ausserwähltes Programm zusammengestellt, so daß den Besuchern ein genuehrlicher Abend bevorsteht.

Für die Opfer von Oppau

sind bei unserer Geschäftsstelle eingegangen: Von Gästen des Restaurants „Wintergarten“ in Weiertheim durch Gen. Zehlig 187.— M.

Weitere Spenden werden gerne entgegengenommen.

Valuta-Bericht vom 26. September

Markkurs in der Schweiz circa 5 Gls. Auszahlung Holland notierte 36,25 M pro holl. Gulden. Auszahlung Schweiz notierte 20,00 M pro Schweiz. Fr. Auszahlung England notierte 428 1/2 M pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 8,80 M pro franz. Frs. Auszahlung Neuyork notierte 117 1/2 M pro Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. September 1921

Der Einfluß des Luftwirbels über Innenrußland brachte gestern nachmittags auch in unserm Gebiet Bewölkung, die heute früh teilweise noch vorhanden ist. Der Druck breitet sich aber neuerdings weiter aus, so daß es fortwährend trocken bleibt und wieder heiteres Wetter bevorsteht.

Vorausichtige Witterung bis Mittwoch, 28. Sept., nachts: Meist heiter, trocken, am Tag wieder weiter warm, nachts kühler.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 100, gef. 3 Zim. Neßl 195, gef. 1 Zim. Wozau 358, gef. 5 Zim. Mannheim 225, gef. 6 Zim.

Die Katastrophe in Oppau

Bis jetzt 310 Tote

11. Mannheim, 26. Sept. In einer heute vormittags stattgefundenen Besprechung zwischen der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der badischen und preussischen Presse teilte Direktor Julius mit, daß bis jetzt 310 Tote zu verzeichnen sind und in den verschiedenen Krankenhäusern 325 Verwundete untergebracht seien. Unter den Verwundeten sind noch kaum Todesfälle zu befürchten; die Hauptverwundungen sind Schädelbrüche. Es werden keine Arbeiterentlassungen eintreten, sondern die Belegschaften bei Aufräumungs- und Hilfsarbeiten Verwendung finden. Die Oppauer Fabrik ist nicht ganz zerstört, besonders die Kompressoren- und Hochdruckapparaturen sind noch vollständig intakt. Die Ammoniatapparaturen waren noch nach der zweiten Explosion in Tätigkeit. Schleierhaft ist insbesondere die Ursache der zweiten Explosion. Die Direktion trägt, wie der Redner ausführte, die Verantwortung für das Unglück, aber sie trägt sie guten Gewissens und aufrichtigen Mutes. Wir haben keine Prüfung unterlassen. Volle Aufklärung, wie das Unglück entstand, wird wohl nie zu erlangen sein, denn die zunächst Beteiligten wurden ein Opfer der Katastrophe. Ein Überlebender sagte aus, er hätte den Sprengmeister Samuel getroffen, der zu ihm sagte: „Komm mit, wir sprengen jetzt!“, er habe aber keine Zeit gehabt und wenige Minuten nachher ist die Explosion erfolgt. Ob gesprengt worden ist, läßt sich nicht feststellen.

Die Ursache des Oppauer Unglücks

11. Ludwigsbafen, 26. Sept. Bei der Trauerfeier in Oppau sprach im Namen der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Dr. Vösch, der Begründer der Fabrik. Seine Worte wurden von den Zuhörern mit besonderer Spannung verfolgt. Er führte aus, daß er es für seine Pflicht halte, bei dieser Trauerfeier Mitteilungen über die Ursache der Katastrophe zu geben. Zunächst machte er eine kurze Mitteilung von den mitschickenden und den gefährlichen Untersuchungen, die schon lange vor dem Abbruch der Schießfabrikation ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not und die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volk bereitet, haben zum weiteren Ausbau dieser Industrie gezwungen. Man sei sich damals klar gewesen, daß diese Industrie Gefahren für die Arbeiter birge; aber die Chemiker der Fabrik hätten immer ihre Pflicht getan. Keine Vorsichtsmaßregel sei außer Acht gelassen worden und auch im vorliegenden Fall trafe die Direktion keine Schuld. Eine neue unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zunichte gemacht. Mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung des Volkes sicher zu stellen, sich plötzlich als ein schlimmer Feind erwies. Seine Rede schloß Dr. Vösch mit dem Versprechen, daß die Direktion der Anilinfabrik alles tun werde, um die Not von Witwen und Waisen fernzuhalten und den Toten ein ehrendes Andenken zu bewahren.

11. Berlin, 26. Sept. Der Reichsminister des Innern hat unter Zustimmung der bayerischen Regierung den Direktor der chemisch-technischen Reichsanstalt, den Oberregierungsrat Dr. Leuchs, der ein hervorragender Sachmann in allen Explosionsfragen sein soll, nach Oppau entsandt, um an der Aufklärung der Gründe des Explosionsunglücks mitzuwirken.

Keine Lebenden mehr unter den Trümmern

Mannheim, 26. Sept. Da die Gerüchte, daß sich unter den Trümmern noch Lebende befinden, sich mit großer Hartnäckigkeit behaupteten, sah die Mannheimer Feuerwehr sich genötigt, den Gerüchten nachzugehen. Dabei stellte sich, wie die Neue Bad. Landeszeitung zu melden weiß, einwandfrei heraus, daß im ganzen Dorfe Oppau keinesfalls Überlebende sich unter den Trümmern befinden. Eine solche Möglichkeit in den Fabrikanlagen selbst wird von der Leitung der Fabrik auf das Bestimmteste in Abrede gestellt. Die Zahl der noch nicht erkrankten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der von Angehörigen als vermisse gemeldeten Personen ist von 60 auf 70 gestiegen.

Die Hilfeleistung

11. Ludwigsbafen, 26. Sept. (Drahtbericht.) Nach der Trauerfeier beschäftigten Reichspräsident Hert, der badische, württembergische und bayerische Ministerpräsident und der bayerische Handelsminister Dr. Gamm die Angehörigen der Fabrik. Eine Abordnung des Angehörigen und Arbeiterrats des Werkes wurde weitgehendste Unterstützung von Reich, Staat und Gemeinde in Aussicht gestellt. Nach der Besichtigung besuchten die Herren die verschiedenen Verwundetenlazarette in Mannheim und Ludwigsbafen.

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!
Die neue barverwendende Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei hartem Wasser und empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Kein schmerzhaftes Brennen der Haut nach dem Rasieren. Fabelhafte Schaumkraft, kostsam im Gebrauch, außerdem billig. Preis 3 M. In die die bekannte Glaxo-Produktionsfirma kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife.
Laboratorium LEO, Dresden-N. 6.

II. Berlin, 27. Sept. Wie die Telegraphenunion erfährt, hat die Siemens-Rhein-Elbe-Schulert-Union für das Oppauer Hilfswerk den Betrag von 2 Millionen zur Verfügung gestellt.

W.D. Stockholm, 26. Sept. Das schwedische Rote Kreuz spendete für die Verunglückten von Oppau 100 000 M.

D3. Heidelberg, 26. Sept. Die gestrige Sammlung für die Opfer von Oppau brachte einen vollen Erfolg. Etwa 120 000 Mark wurden gezahlt. Dazu kommen noch die Sammlungen der hiesigen Presse und der Banken. — Einen schönen Beweis von Nächstenliebe erbrachten auch die Arbeiter von Fuchs, die

beschlossen, in dieser Woche vier Überstunden zu machen und den Verdienst für Oppau zu verwenden.

Säckerliche Angst der Engländer und Franzosen

II. Ludwigshafen, 26. Sept. Verschiedene Blätter weisen mit Recht die Verdächtigungen eines Teils der deutschfeindlichen englischen Presse zurück, wonach in Oppau insgeheim ein neues Gas mit fürchterlicher Explosivkraft hergestellt worden sei und die Katastrophe herbeigeführt habe. Diese englischen Verdächtigungen sind auch in einen Teil der französischen Presse übergegangen.

Hätte. — Der Chor löste seine schweren Aufgaben zu größter Zufriedenheit. Das üblich ausverkaufte Lohengrinhaus spendete mehr als den üblichen Beifall.

Theater, Kunst und Wissenschaft
Badisches Landestheater

Mit dem „Lohengrin“ nahmen die Vorstellungen des Landestheaters für die Karlsruher Herbstwoche ihren Anfang. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob das ein geeigneter Griff war. Jedenfalls ist der „Lohengrin“ eine der vorzüglichsten Vorstellungen unserer Bühne, zumal in der von Emil Burkard geschaffenen Umrahmung, die eine respektgebende Tat zeitbürtiger Bühnenbildkunst bleibt. — Unter Fritz Cortolezis straffer, temperamentvoller Leitung tut unser Orchester das Nötige, den Besuchern der Herbstwoche einen unserer wertvollsten Kunst-„Schätze“ zu zeigen, und die treffliche Intonierung Hans Bussards hatte für eine lebendige Ausfüllung des malerischen wie des musikalischen Rahmens Sorge getragen. Nicht vergessen sei die ebenso mühselige wie schön und angemessen gekünzte Beleuchtung, deren Handhabung Engelbert Gohl vorzieht.

Verte Lampert-Kroner von Mannheim sang die Elfa. Obzwar sie unter einer merklichen Indisposition stand, merkte man ihr doch ohne weiteres die überlegen gestaltende Sängerin an, zumal ihr im letzten Akt einige fast ganz freie Momente gegeben waren. Paula Weber sang die Ertrud mit äußerst wohlklingender Stimme, für deren freie Entfaltung sie nur die Grenzen einhalten muß. (Späher an der Stelle: „Wohl bräute es ihm schlimme Not...“) Die guten dramatischen Momente des Gesangs brauchen nicht in diesem Umfang in die Darstellung einzugehen. — Billy Billens Lohengrin ist als vortreffliche Leistung bereits bekannt und gewürdigt. Die ökonomische Behandlung der Partie, die ein feingehobenes Durchhalten bis zum Schluß ermöglicht, sicherte wieder einen verdienten Erfolg. Karl Giefens König Heinrich war anfangs furchtbar etwas beeinträchtigt, zeigte aber die gewohnte souveräne Linie. Max Büttner als Trarant und Hildebrandt wieder einen finsternen Kämpfer auf die Bühne, wie er in Wort und Haltung nicht übertraffen werden kann; die stimmliche Kraft des unermüdbaren Sängers läßt seine Leistungen immer aufs neue bewundern. Rudolf Wehrauch gab durch seine warme, durchdringende Stimme dem Gezerfuer ein starkes Profil, dem man noch einen letzten wesentlichen Zug gemüßigt

Einige Neubestellungen in tragenden Partien zeigten „Die Königsinder“ von Engelbert Humperdinck. Es ist für einen Sänger, dem noch ein gutes Stück Entwicklung bevorsteht, keine leichte Aufgabe uns den Königssohn vorzuführen, da er zuvor von ausgereiften Künstlern gegeben wurde. Indessen mußte sich Wilhelm Krentz sehr gut aus der Affäre zu ziehen. Er bewegte sich sicher und ging auch stimmlich gut heraus. Gute Stechert war als Gänsemagd von begabender Art und im musikalischen Ausdruck trotz Erklärung vorzüglich. Einen stimmlich hervorragenden Spielmann stellte Rudolf Wehrauch auf die Bretter. Zu nennen sind noch Alfred Glah und ein Gast aus Frankfurt Joseph Garais. Die übrige Besetzung ist alle und von uns wiederholt gewürdigt worden. Die Sonntags-Vorstellung nahm unter Alfred Lorenz und Hans Lange (musikalische und szenische Leitung) einen schönen Verlauf.

Karlsruher Konzertwoche

Die „Konzert-Ferien“ bei in der letzten Woche mit einem „Meister“-Konzert des Pianisten Alfred Böhm ihren Anfang genommen. Einen Anfang, welcher innerweltlich mit sich brach. Wir haben im letzten Jahre an dieser Stelle die Begleitung für diesen Klavieristen gemißt. Noch einmal: Er ist kein Kammermusikant! Ein wahrer Künstler, also jener, der sich hinter die Schöpfungen stellt, bringt keine Schallplatten, welche nur so abends zwischen mit Kling und Klang. Den Kenner, den Liebhaber zwar interessierten die alten Klavierstücke, die gefordert, aber ohne tiefere Bedeutung. Indessen spielte sie Böhm modern, zeitgemäß, und verzerzte in Eile eigene melodische Linie. Man beachte seine Absicht: Er will engagierter kommen und wirkt eigenwillig. Ueberhaupt sein Wille, der prägt sich aus in jeder Note um das Herz, die Seele zurückdrängend. Deshalb denkt man oft an das vom elektrischen Strom getriebene Piano. Daneben muß sein Chopinpiel hervorgehoben werden und zwar mit allem Nachdruck. Da tritt der Kur-Klavierist, der Kur-Techniker zurück.

Letzte Nachrichten

Däumig und Hoffmann bei den Kommunisten ausgetreten

Berlin, 27. Sept. Privattelegramm. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, haben die kommunistischen Abgeordneten Däumig und Adolf Hoffmann ihren Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt. Vorläufig verläutet nichts darüber, ob sie auch ihr Reichstagsmandat niederlegen oder sich einer anderen Fraktion, etwa den Unabhängigen, anschließen werden.

Fasziennunruhen in Italien

II. Lugano, 27. Sept. Wie der „Gazzetta della Sera“ meldet, wurde der sozialistische Delegierte Di Sagna gestern abend in Bari auf der Straße von Fasziern überfallen und durch einen Revolverhieb niedergestreckt. Sein Zustand ist ernst. Infolgedessen ist heute früh in der ganzen Gegend der Generalkrieg ausgerufen, dem sich auch die Einwohner anschlossen. Die Behörden sandten Truppenverbände.

Große Schlacht in Kleinasien

II. Konstantinopel, 27. Sept. Nach einer Nachricht aus Kleinasien soll sich die große Schlacht bei Gökischehr zwischen den Türken entwickelt haben. Die Kemalisten hätten die Stadt gestern erobert.

Der Streik in Höchst

II. Frankfurt, 26. Sept. In Höchst ist es, wie gemeldet, am Samstag zu Vorgängen gekommen, die sehr heftige Auswirkungen hatten. Ein junger Angestellter der Höchst Farbwerke hatte über die Oppauer Katastrophe eine hohnvolle Bemerkung gemacht, die die Arbeiter auf das äußerste erbittert mußte. Er sagte nämlich: „Es ist nicht viel passiert, es sind nur ein paar Arbeiter in die Luft geflogen.“ Die Arbeiter zogen vor das Direktionsgebäude und stellten unter Drohungen wirtschaftliche Forderungen, die die Arbeitgeberseite als tarifwidrig bezeichnete. Darauf sind die Höchst Farbwerke und die Kunstseidenfabrik Kestlerbach geschlossen worden. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für die chemische Industrie sind Maßnahmen erfolgt, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Damit ist ein sehr ernster Zustand geschaffen. Sowohl in Griesheim wie in Höchst haben heute morgen die Arbeiter die Zugänge zu den Fabriken unter Kontrolle gesetzt und den Zutritt zu den Anlagen verhindert. Aus Höchst wird berichtet, daß dort ältere Arbeiter die Straßen in Ordnung halten. Auch sind Verhandlungen, die vom Landrat und den Kreisdelegierten, sowie den Verordneten der Stadt Höchst mit den Vertretern der Leitung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ausgingen, zu dem Ergebnis geführt worden, daß das Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk im Betrieb bleiben sollen.

Kleiner Lagerraum
möglichst in der Südstadt zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 6190 an das Volksfreundbüro erbeten.

Durlacher Anzeigen.
Landtagswahlen 1921.

Die Wählerliste für die Landtagswahl am 30. Oktober ds. J. liegt vom 28. September bis mit 5. Oktober 1921, und zwar an den Werktagen von vormittags 9—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr und am Sonntag, den 2. Oktober ds. J., vormittags von 10—12 Uhr, im Rathaus hier, 2. Stock, Zimmer Nr. 2, zu jedermanns Einsicht auf.

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auflegungsfrist bei der Gemeindebehörde schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offenkundig ist, sind die Beweismittel beizubringen. Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet wird, entscheidet über ihn der Bezirksrat innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der Auflegungsfrist. Die Entscheidung wird den Beteiligten bekanntgegeben.

Wahlberechtigt sind alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts, die am Wahltag Reichsangehörige und 20 Jahre alt sind und die in Baden ihren Wohnort haben.

Das Wahlrecht ruht

- im Falle der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte durch rechtskräftiges strafgerichtliches Urteil,
- in den Fällen der Entmündigung und der vorläufigen Vormundschaft,
- für die Soldaten für die Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zu den Soldaten gehören nicht die Beamten des badischen Gendarmenkorps und die Beamten der badischen Staatspolizei.

Jede in die Wählerliste aufgenommene Person erhält im Laufe der nächsten Tage durch Postkarte eine besondere Benachrichtigung über die Eintragung in die Wählerliste ausgestellt. Wer bis längstens Samstag, den 1. Oktober ds. J., eine solche Karte nicht erhalten hat, ist in die Wählerliste nicht eingetragen und hat deshalb, wenn er am Wahltag zur Ausübung seines Wahlrechts zugelassen werden will, alsbald, jedenfalls aber bis spätestens 5. Oktober ds. J., abends 5 Uhr, die Eintragung seines Namens in die Wählerliste auf dem Rathaus hier zu beantragen.

Die Karte wolle aufbewahrt, f. St. zur Wahl mitgebracht und behufs rascher Abwicklung der Wahlhandlung die auf der Vorderseite angegebene Nummer dem Wahlvorstand genannt werden.

Jeder Wähler wählt in demjenigen Wahlbezirk, der auf der Wahlpostkarte bezeichnet ist, auch wenn die Wohnung inzwischen gewechselt worden sein sollte. 2157

Durlach, den 27. September 1921.
Der Gemeinderat.
Dr. Bierau Zellbauer

Bilder
mit Rahmen, große Auswahl, billigst.
Schlüßers Kunsthandlg., Kaiserstraße 88.

Kleider, Schuhe,
Wäsche etc. kauft stets zu höchsten Preisen.
S. Metzger, Tel. 3980
Eisenmeißelstraße 32, II.

Drilch- und
Wollstoffe
und
selbgrane Hosen
in allen Größen offeriert
billigst 5703

Weintraubs
Kv. u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747

Kaffee, Kaffee,
Kv. u. Verkauf von
Alt- u. Möbel
Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3, Dreherstr. 3

Einladung.
Die verehrlichen Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer Sitzung auf **Montag, den 10. Oktober, nachmittags 1/2 11 Uhr,** in den Rathensaal eingeladen.
Zugehörigkeit:
Genehmigung des Vorschlags der Stadtkasse und deren Nebenstellen für das Jahr 1921/22.
Kaffee, den 24. September 1921.
Der Gemeinderat. 2156
Renner. Gilbert.

Die Landtagswahl 1921 betr.
Die Wählerlisten zu der am 30. Oktober ds. J. stattfindenden Neuwahl des badischen Landtags liegen während 8 Tagen, nämlich vom **Mittwoch, den 28. September bis einschließlich Mittwoch, den 5. Oktober 1921 im Rathaus — Zimmer Nr. 7 — (Sitzungsaal) — zu jedermanns Einsicht auf und zwar: an den Werktagen von 8 bis 12 Uhr und 2 bis 6 Uhr, am Sonntag, den 2. Oktober ds. J., von vormittags 10 bis 12 Uhr.**
Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann diese während der Zeit der Auflegung beim Gemeinderat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben unter Bezeichnung der Beweismittel, falls solche nicht auf Offenkundigkeit beruhen.
Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen deutschen Reichsangehörigen, die im Lande Baden ihren Wohnort haben und am Tage der Wahl 20 Jahre alt, also spätestens am 30. Oktober 1901 geboren sind.

F 18187
Schutzmarke

Ausser Konzern.

Qualitätsware seit 34 Jahren-Achten
Sie auf nebensiehende Schutzmarke.

Bergisch-Markische Margarine-Werke
F.A. Jssersiedl Akt. Ges.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Vertretung und Fabriklager: **Mondorf & Mellert, Karlsruhe, Luisenstrasse 24, Telephon 4993.**

Nachwähler Anzeigen.

Einladung.
Die verehrlichen Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer Sitzung auf **Montag, den 10. Oktober, nachmittags 1/2 11 Uhr,** in den Rathensaal eingeladen.
Zugehörigkeit:
Genehmigung des Vorschlags der Stadtkasse und deren Nebenstellen für das Jahr 1921/22.
Kaffee, den 24. September 1921.
Der Gemeinderat. 2156
Renner. Gilbert.

Bruchsaler Anzeigen.

Volks-Konzerte Bruchsal.
Die Vereinigung Volkskonzerte Bruchsal beabsichtigt, im kommenden Winter wieder **sechs Konzerte** zu veranstalten. Die Programme werden von ersten Künstlern ausgeführt und sollen bringen:

Nichtwahlberechtigt ist:

- wer entmündigt oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht,
- wer rechtskräftig durch Richterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Wehrmacht, nicht aber für die Militärbeamten.

Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Unterjuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden. Ausgenommen sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Nur diejenigen Personen, welche in den Wählerlisten eingetragen sind, dürfen sich an der Wahl beteiligen. 2159

Der Gemeinderat.
Renner.

Gesangsdarbietungen, Kammermusik, ein großes Orchesterkonzert, Instrumental, sol.

Die Konzerte finden im großen Bürgerhofsaal statt.
Die einzelnen Eintrittspreise werden beibringen:

Saal: vordere Hälfte, nummeriert 6.— M.
Saal: hintere Hälfte, nummeriert 4.— M.
Galerie: Sitzplatz unnummeriert und Stehplatz 2.— M.

Es werden auch Plakietkarten für sämtliche Konzerte gegeben. Diese Karten für alle sechs Konzerte:

Saal: vordere Hälfte, nummeriert 30.— M.
Saal: hintere Hälfte, nummeriert 20.— M.
Galerie: unnummeriert 10.— M.

Anmeldungen auf die Plakietkarten werden angenommen bei:

Pa. Heinrich Kay, Bruchsal,
Ede Kaiser- und Friedrichstraße
wo für die nummerierten an Hand des Plans die Plätze bestimmt werden können.

Das Publikum wird gebeten, von der Plakietkarte in möglichst großem Umfang Gebrauch zu machen, um eine sichere finanzielle Basis für die Veranstaltungen zu schaffen.

Die lehrjähigen Darbietungen, über deren künstlerisch hochstehende Qualität kein Zweifel besteht, haben trotz durchsichtlicher guten Besuchs einen erheblichen Fehlbetrag ergeben, der aus dem von hiesigen Firmen freundlichst zur Verfügung gestellten Garantiefonds gedeckt wurde. Zahlreicher Besuch und insbesondere auch umfangreiche Benutzung der Plakietkarte ist notwendig, um die Veranstaltungen, die sicherlich von wertigen Preisen begünstigt werden sind, und geschützt werden, weiter führen zu können. 6291

Vereinigung Volkskonzerte Bruchsal.

Regierungsumbildungen und Koalitionsfragen

Wir beschränken uns heute auf die Wiedergabe der nachstehenden Nachrichten, ohne sie zu besprechen, da momentan der Gang der Dinge gar nicht zu überblicken ist.

Berlin, 27. Sept. Verhandlungen über die Kabinettsumbildung von Bedeutung sind in den gestrigen interfraktionellen Besprechungen nicht erfolgt. Gegenwärtig bestehen, wie parlamentarische Kreise erklären, zwischen der Anschauungen der Reichssozialdemokratie und der deutschen Volkspartei in wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen große Differenzen, deren Beseitigung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Der Wunsch des Abg. Dr. Stresemann beim Reichskanzler, der zwei Stunden dauerte, galt in der Hauptsache den Fragen der Kabinettsumbildung im Reich und den ihr noch entgegenstehenden Hindernissen. Positive Abmachungen von Bedeutung wurden dabei nicht getroffen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die Umbildung des Kabinetts in Brüssel, der der Reichsregierung vorgehen dürfte und voraussichtlich vollzogen werden kann, von dieser geplant werden wird. Die Fraktionen des preussischen Landtags traten in ihrer Mehrzahl heute zusammen. Es dürften morgen interfraktionelle Besprechungen stattfinden.

M. Berlin, 26. Sept. Der erste offizielle Schritt auf dem Wege zur Regierungskoalition, von Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei, ist heute erfolgt. Reichskanzler Dr. Wirth hatte heute vormittag die Führer der Koalitionsparteien zu einer Besprechung eingeladen, um ihnen die grundlegenden Fragen vorzulegen, ob und unter welchen Bedingungen eine Verbreiterung der gegenwärtig aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten bestehenden Reichsregierung durch Einschluß der deutschen Volkspartei erfolgen könnte. Die Verhandlungen über die Neubildung des preussischen Kabinetts für den Eintritt der Sozialdemokraten sollen erst am Mittwoch beginnen. Jedenfalls überläßt die Fragen der Kabinettsbildung gegenwärtig jede andere politische Frage, aus der bayerische, deren endliche Lösung der Reichskanzler hoffentlich in seiner für die Mittwochs-Sitzung des Reichstags angekündigten Erklärung, wird verkündet werden dürfen.

Den Blättern zufolge fand heute nachmittags in der Reichskanzlei eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler über die allgemeine politische Lage statt, wobei, wie die Blätter glauben, die Erörterung über die Erweiterung der bisherigen Regierungskoalition im Vordergrund stand. Ueber die Haltung der Deutschen Volkspartei zu der Verbreiterung der Regierungskoalition berichten mehrere Blätter, daß die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man an sie herantritt, weniger in Personal- oder Postenforderungen als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellem Gebiete liegen. Man würde sich zu einer Mitarbeit nur bereit finden, wenn energische Mittel angewendet werden würden, um das Glanz der Reichsfinanzen zu beseitigen.

Zurückberufung der amerikanischen Truppen

Washington, 26. Sept. Während der Debatte, die im Senat anlässlich der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn stattfanden, sprach Senator Lodge von neuem die Ansicht aus, daß der Rückzug der amerikanischen Truppen vom Rhein sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrags mit Deutschland erfolgen müßte. Lodge hat die Auf-

merksamkeit auf die Tatsache hingelenkt, daß weder Italien noch Japan Truppen im Rheinland haben. Lodge glaubt, daß die Klauseln des Vertrags von Versailles, die in den neuen Verträgen enthalten sind, keinerlei gesetzliche Verpflichtungen enthalten, daß Amerika Truppen in Deutschland unterhalten müsse.

W.D. New York, 26. Sept. Der Pariser Vertreter der „Associated Press“ meldet: Die amtlichen französischen Kreise sind sehr beunruhigt über die Berichte aus Washington, wonach die amerikanischen Truppen am Rheine nach der Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrags zurückgezogen würden. Das Ministerium des Auswärtigen hat den französischen Botschafter in Washington angewiesen, im geeigneten Augenblick darauf hinzuweisen, daß Frankreich die Zurückziehung der amerikanischen Truppen tief bedauern würde.

Eine bemerkenswerte Rede des Reichsverkehrsministers

Minister Geßler gegen den Luxus und für eine energische Finanzreform — Geßler verurteilt den Reichspräsidenten — Anerkennung des Klassenkampfes — Demokraten für Dr. Wirth

Heidelberg, 25. Sept. An einer von der Deutschen Demokratischen Partei veranstalteten Volksversammlung sprach gestern Reichsverkehrsminister Dr. Geßler und führte u. a. aus:

Der Streit um die Frage, wer schuld am Kriege ist, bringt uns keinen Schritt weiter. Für uns kommt nur in Frage, daß wir den Krieg verloren haben. Freilich gibt das äußere Deutschland ein falsches Bild. Die neuen Reichsminister sind das Verdienst nicht zuschreiben, wenn uns eine zweite Revolution erspart bleiben sollte. Was wir an Luxus in den Häusern, Sommerfröhen, Großstädten sehen, schreit zum Himmel! Diesen Dingen muß ein Ende gemacht werden. Darüber wird schon lange geredet, aber die Mägen des Gesetzes sind weit und ihre Räder führen die Herrschaften meist in der Westentasche, während der anständige Geschäftsmann und der Fleißbold auf Heller und Pfennig zu ihren Steuern herangezogen werden. Hier müßte mit allen Mitteln vorgegriffen werden, aber nicht mit neuen Gesetzen. Man sieht ja die Billen, Schiffe, Luxusautomobile! Es kann nicht schwer sein, hier zuzugreifen. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat ist zusammengebrochen. Es war vielleicht der große organisatorische Fehler der Steuerreform, nicht nur neues Steuerrecht zu schaffen, sondern die ganze Organisation der Finanzbehörden einzurichten. Freilich wollen wir nicht allzu streng über diese Dinge urteilen. Warum hat Erzbischof gerade diesen Punkt in den Vordergrund geschoben? Weil er die Klagen für verächtlich hielt, daß dort die Veranlassungen nicht so streng durchgeführt werden wie im Süden.

Wir dürfen den politischen Gegner nicht in der öffentlichen Würde verletzen. Was hat man dem Reichspräsidenten nachgesagt! Ein Ehrenmann ist er von der Kuppel bis zum Scheitel! Er hat sich um das Vaterland die größten Verdienste erworben. Ich glaube, daß er ein geistig sehr bedeutender Mann ist! Taktlosigkeit haben wir von ihm nicht zu befürchten, wie das früher sehr oft der Fall gewesen ist. Er hat uns noch keine internationalen Schwierigkeiten gemacht! Ich glaube, die Weisheit stellt ihn einl unter die Männer, die das deutsche Vaterland erhalten haben.

Die Rechte will die Monarchie, aber die Monarchie bringt uns den Bürgerkrieg. Die Linke ruft nach Diktator. Darum ist es erfreulich, daß sich nunmehr die großen Parteien entschlossen auf den Boden der Republik und den Boden der Demokratie gestellt haben, weil sie erkannt haben, daß davon unsere Zukunft abhängt, weil es einen anderen Weg, Deutschland vorwärts zu bringen, nicht gibt. Das ist endlich das Bekenntnis zum Staat, das wir brauchen. Man habe gesagt, die Sozialdemokratie solle auf den Klassenkampf verzichten. Das ist un-

sinnig. Der Klassenkampf ist eine Tatsache, an der niemand etwas ändern kann. Die Sozialdemokratie vertritt als Arbeiterpartei die Interessen ihrer Klasse. Aber sie hat erkannt, daß die Vertretung der Klasse nichts nützt, wenn der Staat zusammenbricht. Und deshalb bedeutet der Beschluß des Sozialer Parteitags etwas Wichtiges, nämlich zum erstenmale das offizielle Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Staat.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ erklärt übrigens zu dem Antrium auf den Reichskanzler: „Man sollte jetzt wirklich nicht die klare Tatsache verdunkeln wollen, daß der Name Wirths einen unentbehrlichen Kredit nach innen und außen bedeutet.“

Briefkasten der Redaktion.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Geisler; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Werden 4 Seiten bei 5 u. mehr Zeilen 1.20 die Zeile 2.10 die Zeile. Werbeanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme! Karlsruhe. (Arbeiter-Radschreiberverband „Solidarität“) Dienstag, den 27. und Freitag, den 30. September, Kampionenfahrt durch die Stadt mit Reigenaufführung an verschiedenen Plätzen. Kampions mitbringen, auch erhältlich im Lokal. Auch die Vororte sind zur Beteiligung freundlichst eingeladen. Treffpunkt jeweils 7 Uhr Lokal. Karlsruhe. (Athletengesellschaft.) Jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, Neujahrsabend im Schrempfischen Bierkeller.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgebote. Adolf Gettinger von hier, Möbeltransporteur hier, mit Sophie Horn von Nürnberg. Franz Bisselt von Emmertich, Buchhalter hier, mit Wanda Lorel von hier. Karl Krauber von Tübingen, Lehrer in Lauda, mit Maria Wiffert von hier. Otto Hespelt von hier, städt. Arb. hier, mit Maria Egan von hier. Karl Klud von hier, Lehrer in Oberschopfheim, mit Amalie Kleiser von Breitenau. Anton Abend von Speckart, Mag. Arb. hier, mit Dina Werr von Bertheim. Erich Krause von Jastrou, Oberbuchhalter hier, mit Luise Eidele von Mosbach. Ernst Eberhardt von hier, Schlosser hier, mit Ida Milschke von hier. Ludwig Rasch von hier, Harber hier, mit Maria Ehenhans von hier.

Eheschließungen. Karl Graf von Freiburg, Maschinengehilfe hier, mit Emilie Grether von hier. Karl Kait von hier, Verw.-Beamt. hier, mit Wilhelmine Frey von hier. Karl Bauspach von Vargen, Stadtkfz. hier, mit Luise Erleben von hier. Karl Geist von Gröbingen, Schuhm. hier, mit Anna Müller von Losheim. Erich God von hier, Eisenb.-Sekr. hier, mit Maria Jettler von hier. Wilhelm Nagel von hier, Kaufmann hier, mit Bertha Rittershofer von Durlach. David Geiger von hier, Masch.-Formier hier, mit Luise König von Döbel. Friedrich Heneder von Hofweier, Kaufmann in Offenburg, mit Marie Kreyer von Döbel. Robert Zimmermann von Maltersbüngen, Schreiner hier, mit Emma Albert Witwe von hier. Hermann Böß von hier, Kaufm. hier, mit Emilie Henrich von hier.

Todesfälle. Gustav Kunkler, Schriftföher, Wimer, alt 63 Jahre. Anna Witwitsch, alt 74 Jahre. Witwe von Stefan Wislitzky, Tagl. Emilie Doering, ohne Beruf, ledig, alt 70 Jahre. Paul Schöff, Reisender, Chemann, alt 87 Jahre.

Advertisement for M. Tannenbaum, featuring an illustration of a furnished room and text: 'Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Wohnungs-Einrichtungen, Einzel-Möbel, M. Tannenbaum, Karlsruhe, Adlerstrasse 13.'

Advertisement for Verlobungs-Ringe (Wedding Rings) by Christ. Fränkle, Gold- und Silberwaren, Kaiser-Passage 7a.

Advertisement for Filder-Sauerkraut (Pickled Cabbage) by Gebr. Hensel, per Pfund 1.40 Mark, available at all sales points.

Advertisement for Städt. Fischhalle (City Fish Market) located behind the Bierordbad, offering fresh fish.

Advertisement for Nissin (Nissin) against Kopfläuse (Head Lice), available in all pharmacies and drugstores.

Advertisement for Kragen-wascherei Schorpp (Collar Washery Schorpp), washing and ironing collars, known for quality.

Advertisement for Herbstneuheiten (Autumn Novelties) by J. Schneyer, featuring men's and women's clothing, fabrics, and accessories.

Advertisement for Fässer (Barrels) for wine and beer, available in various quantities and sizes.

Advertisement for Fässer (Barrels) for wine and beer, available in various quantities and sizes.

Advertisement for Erdal shoes, featuring an illustration of a man in a suit and text: 'Für jeden Schuh, Erdal, tut die Schuhe, pflegt das Leder.'

